

Buchbinder-Zeitung

Er erscheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 68, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
probiergeltehaltene Beilagen 60 Pf.;
für Werbungsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Verlaufs-
anzeigen 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 24.

Berlin, den 8. Juni 1913.

20. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Zur Ergänzung der Delegiertenliste, die in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht wurde, teilen wir mit, daß noch folgende Mitglieder als gewählt zu betrachten sind:

1. Bezirk: Wöllner, Emilie, Berlin.
3. „ Lemmer, Hugo, Berlin.
9. „ Böhme, Karl, Magdeburg.
20. „ Brünner, Otto, Hanau.
21. „ Schaab, Johann, Elberfeld.

Das Wahlergebnis vom 11. Bezirk lag beim Abschluß dieser Nummer noch nicht vor.

2. Der **Verbandsstag** findet in Stuttgart im Festsaal des Gewerkschaftshauses, Eßlinger Straße 17—19, statt und wird dort am Montag, den 16. Juni, morgens 9 Uhr, eröffnet.

Am Sonntag, den 15. Juni, findet nachmittags 3 Uhr im Dinkelackerischen Lokale, Sobenstaufenstraße, eine **Vorbereitung** und abends im gleichen Lokale ein **Begrüßungskommers** statt, wozu die Delegierten hiernit eingeladen werden.

3. Mit der Reise nach Stuttgart wollen die Delegierten sich so einrichten, daß sie am Sonntag, den 15. Juni, so zeitig dort eintreffen, daß sie vollständig an der Vorbereitung teilnehmen können. Die Reise ist in dritter Wagenklasse auf der direktesten Linie, und zwar unter möglicher Benützung von Eil- und Schnellzügen zu unternehmen. Bei Berechnung der Diäten werden 8 Stunden Fahrt für einen Reisetag gerechnet.

Sollten am Orte nicht genügend Geldmittel zur einseitigen Vorauszahlung der Fahrkosten vorhanden sein, so wollen die Zahlstellenkassierer Geld hierfür bei der Verbandskasse rechtzeitig bestellen. Den empfangenen Vorfuß haben die Delegierten nach Rückkehr vom Verbandstag an die Zahlstellenkassierer zurückzahlen, da auf dem Verbandstage die vollen Reisekosten und Diäten zur Auszahlung gebracht werden.

4. Das **Material zum Verbandstag** ist Ende der Woche an die Delegierten versandt worden, so daß es spätestens am Sonntag, den 8. Juni, in Händen der Delegierten sein wird. Sollte die Sendung bis dahin irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um entsprechende Mitteilung, damit Zusendung bewirkt werden kann.

5. Von der **Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes und seiner Vorläufer** ist der zweite Band nun erschienen. Das Werk ist vom 1. Vorsitzenden unseres Verbandes, Koll. C. Koth, bearbeitet und dürfte für jedes Verbandsmitglied von größtem Interesse sein. Während der erste Band dieses Werkes sich mit den Vorläufern des Verbandes beschäftigt, wird im zweiten Band der eigentliche Werdegang unserer jetzigen Organisation behandelt.

Im einleitenden Kapitel wird die **Entwicklungsgeschichte der heutigen Buchbinderei** und

ihrer Abzweigungen in technischer und wirtschaftlicher Beziehung geschildert.

Die weiteren Kapitel werfen Streiflichter auf die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft und auf die Leiden des Verbandes und seiner Mitglieder während des Sozialistengesetzes. Die Stellung des Verbandes zur Arbeiterinnenfrage und Arbeiterinnenorganisation, zu den Hilfsarbeitern, zur Affordarbeit, zur Reisezeit, zum graphischen Kartell bzw. graphischen Industrieverband findet eine eingehende Würdigung. Ebenso werden die Meinungskämpfe um die Organisationsform und um die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation, die früher zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften und der Partei führten, im Zusammenhang mit der ganzen Arbeiterbewegung geschildert.

Die großen Kämpfe, welche der Verband um die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft führte, werden der heutigen Generation in lebhafter Erinnerung gebracht und dann dargelegt, wie sich aus allen diesen Kämpfen und Bestrebungen heraus der Verband zu seiner jetzigen Höhe entwickelt hat. Ein ausführliches Sachregister und Ortsverzeichnis für den ersten und zweiten Band erleichtert den Gebrauch des Werkes.

Genau wie der erste Band, so hat auch dieser zweite Band der Geschichte unseres Verbandes durch einen eleganten Originaleinband eine unserem Beruf entsprechende würdige Ausstattung erhalten. An die Mitglieder des Verbandes wird auch dieser zweite Band zum Vorzugspreise von 2 Mk. abgegeben, während für Nichtmitglieder der Preis auf 4 Mk. festgesetzt ist. In beiden Fällen kommen beim Einzelbezug noch 50 Pf. für Porto hinzu, das sich aber bei gemeinschaftlichem Bezug durch die örtlichen Verwaltungen ermäßigt. (Ein Postpaket mit 1 bis 3 Exemplaren kostet 50 Pf. Porto ohne Bestellgeld.)

Der Preis des Werkes ist so niedrig — weit unter den Selbstkosten — festgesetzt, um dem Werk eine möglichst weite Verbreitung zu sichern und allen Mitgliedern sowie überhaupt jedem, der sich für unseren Beruf und unsere Organisation interessiert, die Anschaffung des Buches zu ermöglichen. Es darf daher wohl erwartet werden, daß die Mitglieder von diesem günstigen Angebot ausgiebigsten Gebrauch machen werden sowie auch, daß die Ortsverwaltungen sich bemühen, allen Kollegen und Kolleginnen die Anschaffung des Buches zu empfehlen.

6. An die Bevollmächtigten der Gaue und Zahlstellen ist in der abgelaufenen Woche der **Jahresbericht für 1912** sowie der zweite Band der **Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes** versandt worden. Sollte diese Sendung bis zum 10. Juni irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um entsprechende Mitteilung.

Vom Jahresbericht haben wir für diejenigen Zahlstellen, welche Bestellungen nicht aufgegeben haben, den Bedarf selbst abgeschätzt. Nachbestellungen können nur berücksichtigt werden, soweit der Vorrat reicht.

Von der Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes sind außer den bereits fest bestellten Büchern jeder Zahlstellenverwaltung zwei Exemplare und jeder Gauverwaltung ein Exemplar zugegangen. Diese ein bzw. zwei Exemplare werden den Verwaltungen unentgeltlich geliefert, davon ist eins für die Bibliothek der Zahlstelle bestimmt, welches durch diese allen Mitgliedern zugänglich sein soll. Das andere Exemplar soll den in der Verwaltung tätigen Funktionären ständig zur Verfügung stehen. Diese Bücher sollen Eigentum des Verbandes bleiben und sind deshalb sofort auf der Titelseite durch Aufdrucken des großen Zahlstellenstempels besonders zu kennzeichnen.

7. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsarten bzw. -bücher sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen anzuhalten und an uns einzuliefern:

Nr.	21 596	ausgestellt für	Ida Böhme
„	26 364	„	Gans Görner
„	26 852	„	Paula Wunderlich
„	27 030	„	Marie Hoegrefe
„	33 294	„	Otto Schulze
„	38 139	„	Fanny Lohr
„	74 794	„	Willi Korzig
„	98 190	„	Max Herrmann
„	103 208	„	Walter Radnik
„	115 796	„	Alfred Vogel
„	116 924	„	Marie Weber.

Der Verbandsvorstand.

Die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik.

Das kommende Jahr wird unser ganzes fachliche Interesse auf die Leipziger Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik richten, auf der den Erzeugnissen unseres Berufes eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet sein wird. Daß diese Ausstellung gerade in Leipzig, der anerkannten Buchstadt stattfindet, hat seine Ursache in dem Jubiläum der Leipziger Kgl. Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe, die im nächsten Jahre ihr 150jähriges Bestehen feiern kann. Die Organisation der Ausstellung ist im großzügigsten Maße angelegt, 16 Hauptgruppen mit 63 Untergruppen zergliedern das gewaltige Werk in übersichtlichster Weise.

Die Buchbinderei wird auf der Ausstellung einen bevorzugten Platz einnehmen. Zunächst wird die Industrie ihre gesamten Vorführungen so halten, daß sich dem Beschauer ein möglichst lebendiges und interessantes Bild bietet. Namentlich aber werden die großen Firmen bestrebt sein, Maschinen, ja ganze Buchbindereien in vollem Betriebe darzustellen.

Die historischen und technisch-belehrenden Abteilungen dieser Gruppe werden mit ganz besonderer Sorgfalt durchgeführt, wobei hervorragende Sachleute und Wissenschaftler ihre Mitwirkung zugelegt haben. In der historischen

Abteilung wird der Bucheinband des Mittelalters in der verschiedensten Ausführung gebracht, ferner eine Darstellung der Buchbinderkunst seit der Erfindung der Buchdruckerkunst bis in das 19. Jahrhundert, eine Uebersicht der älteren Lederarbeiten, alte Buchbindergeräte und schließlich die Einrichtung einer alten Buchbinderei.

Die technische Abteilung wird sich voraussichtlich in sechs Untergruppen gliedern: a) Handarbeit, b) Raffeneinband, c) verschiedene Gestalten, d) verschiedene Schnittarten, e) verschiedene Einbandarten und f) Schmutz von Buchdeckeln, in denen alles, was dazu gehört, zum Teil in Originalen, zum Teil in sorgfältig ausgewählten Modellen und Nachbildungen zu sehen sein wird. Die Reichhaltigkeit dieser Untergruppe ergibt sich aus der Einteilung, die hierfür vorgesehen ist. So zeigt die Untergruppe Handarbeit: Druckbogen gefalzt, gefalzte Druckbogen zu einem Buchblock zusammengetragen, den Buchblock in jeder Ausführung geemittelt, beschnitt, eingeklebt, mit aufgeschalteten Bänden, mit eingesägten Bänden, mit marmoriertem Schnitt, mit gerundetem Rücken, abgepreßt, mit Lederriemen, Ledercken usw.), die Leder für Rücken und Ecken geschärft, die Ueberzugspapiere geschnitten, den fertigen Halbbranzband. In der Gruppe c, die die verschiedenen Gestalten bringt, wird das Holländern, das Heften auf eingesägte und erhabene Bünde (mit 2, 3 und 4 Bänden), das Heften auf Riemen usw. gezeigt, während die Gruppe, die die verschiedenen Schnittarten bringt, auch die Werkzeuge und Utensilien für Marmor- und Goldschnitt (Marmorbecken, Sprengwasserbecken, Pinsel und Besen, Kämme, Streichbrett, Carrageenmoos, Chienqalle, Sprengwasser, Maun, Marmorierfarben, Goldstift, Goldmesser, Schabflinten, Stättzähne, Gold, Eiweiß, Polus usw.) zeigt.

Die Buchbinderei wird aber auch noch in anderen Gruppen vertreten sein, einmal in der Abteilung, die die Maschinen, Apparate und Gerätschaften für die gesamte Druckindustrie bringt, sodann aber auch in der Gruppe Schnur- und Bohlfahrtseinrichtungen, in der die Lüftung-, Entdunstungs- und Heißdunstungseinrichtungen in den einzelnen Betrieben, die Sicherheits- und Schutzmittel vorgeführt werden und Aufklärung über Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und sonstige soziale Einrichtungen gegeben wird.

Ueber die Beteiligung der Kartonnagenindustrie schreibt der „M. N. Z.“ folgendes: „Unter dem allgemeinen Niedergange des Geschmacks zu Ende des vorigen Jahrhunderts hatte auch die Kartonnagenindustrie zu leiden. Ihre Produkte waren überladen, geschmacklos und unfähigerisch und zeigten, daß man vollkommen vergessen hatte, auf äußere Bediegenheit und Schönheit Wert zu legen. Mit der modernen Kunstbewegung besann man sich allmählich

auch wieder auf eine bessere Ausstattung der Papierverarbeitungsfabrikate, wobei der Aufschwung der Maschinenindustrie und die Mithilfe von Künstlern und hervorragenden Technikern diese Vortreibungen vorteilhaft unterstützten. Künstlerisch ausgeführte Packungen, in Material und Ausstattung gleich vollkommen, entstanden zu verhältnismäßig niedrigen Preisen und die Kartonnagenindustrie hat heute Produkte, die als wahre Kunstwerke bezeichnet werden. War es früher, wie sich auf Weltausstellungen zeigte, das Ausland, das mit solchen Erzeugnissen an erster Stelle stand, so hat heute die deutsche Industrie auf diesem Gebiete eine Ueberlegenheit erlangt, die nicht so bald übertroffen wird und die jedem Wünsche des Verbrauchers in bezug auf Material, Technik, Quantität und Solidität der Herstellung entgegenkommt.

Wie die Anmeldungen schon jetzt zeigen, wird gerade die Ausstellung der Kartonnagenindustrie auf der Buchgewerbeausstellung besonders... eigenartig werden und dem Besucher ein klares Bild von der Bedeutung und dem Umfang dieser Industrie für alle anderen Industriezweige geben. Firmen aller Größen werden musterhaftig ausgeführte Packungen geprägter und gestanzter Papiermarken und Kartonnagen bringen und durch Vorführung der modernsten Papierbearbeitungsmaschinen in vollem Betriebe ihre Ausstellung lebendig und interessant gestalten. Eine große Anzahl von Firmen, deren Erzeugnisse nicht zum Buchgewerbe und zur Graphik gehören, haben ihre Ausstellung angemeldet, nur um ihre Packungen, die für den Versand ihrer Erzeugnisse eine Hauptrolle spielen, vorführen zu können, so Kaffee Fabriken, Drogerien, Zigarettenfabriken und sonstige Firmen der chemischen und der Nahrungsmittelbranche. Selbst die kleineren Firmen, die irgendeine Spezialität der Kartonnagenindustrie herstellen, haben ihre Beteiligung angemeldet, um im Rahmen dieser Weltausstellung aufzutreten. Einen besonderen Vorteil bietet die Buchgewerbeausstellung der Industrie noch dadurch, daß jede Gruppe durch eine technisch-beschreibende Abteilung eingeleitet wird, die in anregender Weise ein reiches Material bringt über alles, was zur Technik in Beziehung steht. Sie wird, ebenso wie die große kulturhistorische Abteilung, durch eine klare Organisation, die besonders auch den Laien zu fesseln vermag und durch ihre Eigenart den Besucher vor Ermüdung bewahren, so daß er in leichtfäßiger Weise belehrt und unterrichtet wird über alle die Dinge, die das große Publikum bisher interessierten, in die es aber keinen wirklichen Einblick gewinnen konnte. Die Industrie hat also für ihre Ausstellung den großen Vorteil, daß der Besucher erst durch eine wissenschaftliche und beschreibende Gruppe wie durch einen kleinen Lehrgang unterrichtet wird und danach mit besonde-

rem Interesse und mit wirklicher Gründlichkeit die Erzeugnisse der Industrie besichtigt. Eine solche gründliche und wirkungsvolle Einführung in die Industrie ist von Vorteil für das Publikum sowohl wie für den Aussteller.“

Ueberflüssig scheint es, besonders zu sagen, daß auch die übrigen Branchen unseres Berufes in umfassendstem Maße auf der Ausstellung vertreten sein werden. Die Luxuspapierindustrie wird in den Abteilungen Steindruck, Kunstdruck usw. vertreten sein, ebenso die Galanteriewaren-, die Stausindustrie in den entsprechenden Abteilungen.

Die Ausstellung hat unzweifelhaft einen außerordentlichen Wert für unseren gesamten Beruf, da sie in erster Linie die interessierte Jugend, Verleger usw., Personen also, die mit unserem Beruf durch ihre Eigenschaft als Auftraggeber in enger Verbindung stehen, anziehen und so zu einer hoffentlich durchgreifenden — Belebung unseres Berufes in allen seinen einzelnen Gliederungen führen wird. Daß eine solche Belebung notwendig ist, weiß niemand besser als wir Arbeiter, die wir ja in erster Linie die Schwankungen der Konjunktur, der Modedirectionen, kurz aller jener Erscheinungen spüren müssen, die von Einfluß auf die gesamte Gestaltung der Berufsverhältnisse sind. Auch uns als Glieder des Berufes kann die Ausstellung nicht gleichgültig sein und jeder, der es ermöglichen kann, der Ausstellung einen Besuch abzustatten, sollte dies tun und deshalb heute schon Vorbereitungen treffen, die ihm einen solchen erleichtern. Hier bleibt unsen Zahlstellenverwaltungen — wie wir schon früher einmal sagten — eine ernste organisatorische Aufgabe, die wichtig genug ist, daß sie gründlich beraten wird. Zu diesem Zweck setze man sich in den Orten mit schwacher Mitgliebezahl mit den anderen graphischen Organisationen zu gemeinsamem Handeln in Verbindung.

Die „Volksfürsorge“.

X. Am 17. Mai ist die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft „Volksfürsorge“ in das Handelsregister zu Hamburg eingetragen worden, nachdem die schriftliche Bestätigung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung eingegangen war. Der Geschäftsbetrieb soll mit dem 1. Juli d. J. beginnen; doch können schon jetzt Anträge auf Versicherungen entgegengenommen werden. Fast 2 1/2 Jahr hat es gedauert, bis das Werk, das damals von den beiden Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands in Angriff genommen wurde, nach vielen Schwierigkeiten unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Diese aus der behördlichen Genehmigungspflicht sich ergebende, durch umständliche Vorbereitungen und Vorarbeiten aus-

Stuttgart.

Da liegt Du nun im Sonnenglanz,
Schön wie ich je Dich sah,
In Deiner Verge grünem Kranz.
Rein Stuttgart, wieder da.

Karl Gerol.

B. Zum zwölften Male vereinigt sich die Kollegenchaft Deutschlands, um über die Geschichte ihrer Berufsorganisation zu beraten, ihre Erfahrungen in der Gemeinlichkeitsarbeit auszutauschen, neue Lehren zu sammeln, neue Wege zu suchen, um dem Verlande neuen Zuwachs zuzuführen und um der Kollegenchaft neue Verbesserungen für ihre Arbeitsfähigkeit zu verschaffen. In der Schwabensiedlung oder, wie der offizielle Titel lautet: Hof, Haupt- und Residenzstadt Stuttgart, an den herrlichen Gestaden des Neckars, soll die Tagung stattfinden und die Kollegenchaft Stuttgarts hat weder Zeit noch Mühe gescheut, um den Delegierten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Wenn die Stunden der Arbeit vorbei sind, erwarten die Wälder und Höhen der Umgebung die Buchbindergehenden, um nach des Tages Arbeit Ruhe und Erholung zu spenden zu neuer Arbeit an dem großen Werk der Verrückelung unserer Berufsangehörigen.

Stuttgart, an Stelle eines um das Jahr 800 errichteten Stützengartens, dem Herzog Luitolf von Schwaben gehörig (daher auch das Stuttgarter Wappen: eine Stute mit ihrem säugenden Fohlen) liegt in einem freundlichen, nur nach Osten offenem auf den Höhen mit Wald und Heben bewachsenen Tale, in welchem schon die Kelten vorübergehend Wohnsitz hatten, während sich die Römer am Ufer des Neckars bei dem heutigen Cannstatt feste Feldlager geschaffen hatten, die jedoch dem Vordringen der Sueben 270 n. Chr. weichen mußten. Die

Franken brachten 600-800 das Christentum in die schwäbischen Gauen und zugleich in das stille Tal, in dem sich dank seiner Fruchtbarkeit nach und nach immer mehr Ansiedler niederließen. Doch blieb es lange, als schon in seiner nächsten Umgebung entlang des Neckars feste Orte entstanden, immer nur Ansiedlung, denn erst 1250, unter Graf Ulrich dem Stifter, wurde Stuttgart fester Ort. Von diesem Zeitpunkt an bedeutet die Geschichte Stuttgarts auch diejenige des Fürstentums Württemberg. Schon 1286 hatte Stuttgart eine Belagerung durch Rudolf v. Habsburg zu bestehen, der gekommen war, die von dem Grafen Ulrich an sich gebrachten herrenlosen habsburgischen Güter wieder an sich zu ziehen. Gelungen ist dies dem Kaiser nicht, indem nach dem Friedensschlusse urkundlich festgelegt wurde, daß die Rechte und Länder im Besitz der Grafen von Württemberg bleiben sollen. Diese Urkunde sollte wiederum aber auch der Kampffel für Jahrhunderte langen Kampf bilden zwischen den mächtig empordühenden freien Reichsstädten Schwabens, speziell Ehlingen, und den Grafen, denn diese, als Landvögte von Schwaben, suchten so viel als möglich für ihr Haus herauszufinden. Daß das Kriegsglück zweifelhaft war, zeigt sich darin, daß Stuttgart vier Jahre unter der Herrschaft Ehlingens stand: 1311 bis 1316. In diese Zeit fällt auch die erste Zählung der Einwohner, die auf 5000 angegeben wird, während 1495, zur Zeit der Erhebung der Grafen in den Herzogtum, 9000 verzeichnet sind. Die Verhältnisse wurden jedoch nicht besser, auch die Bauern, durch jahrelangen Mißwachs und neue Steuern aufgebracht, taten das Ihrige dazu. Der „Schwäbische Bund“, eine Reichsorganisation, brachte wieder „Ordnung“ ins Land und machte Stuttgart von 1519-1534 drittreichlich. Sofort nach Wiedereinsetzung des württembergischen Regiments erfolgte die

Einführung der Reformation durch den Reformator Brenz 1548, der auch das Schulwesen auf eine damals hohe Stufe brachte. Dieser Entwicklung machte der 30jährige Krieg mit seinen Schrecknissen ein Ende, was am besten in den Einwohnerzahlen ausgedrückt wird, die 1621: 9773 betragen, während 1648 nur noch 4500 vorhanden waren. Diejem Krieg folgten die Franzoseneinfälle von 1688, wo nur die Auslieferung der Feste Asberg die Stadt vor Vönderung schützte, während 1693 und 1707 ein hoher Tribut die Veranlassung war, von Gewaltmaßnahmen abzusehen. Was aber französisch blieb, das war der Hof, Heppigkeit und Verschwendung, Verkauf der eigenen Landesfinde als Manonensfutter an fremde Herrscher, Waidessen- und Günstlingswirtschaft gegen Stadt und Land aus und es herrschte ein huter Kampf zwischen dem Hof und den Landständen, was sogar soweit führte, daß die Residenz 1705 von Stuttgart weg in das nahe Ludwigsburg verlegt wurde. Kurze Zeit schien die Sonne der Gnade wieder, doch 1764-75 war Ludwigsburg erneut der Sitz der Herzöge, wobei an Verschwendung Unmensliches geleistet wurde. Der Anfang des 19. Jahrhunderts mit seinen Umwälzungen ging auch an Stuttgart nicht spurlos vorüber. Durch Napoleons Gnaden wurde Württemberg im Preßburger Frieden zum Königreich erhoben. Nachdem in durchaus einseitiger Weise die damalige Verfassung aufgehoben wurde, erfolgte am 1. Januar 1806 die Proklamierung des Königreichs. Der Zug der Zeit und der Wälder nach mehr Selbständigkeit, ebenso der Drang nach eigener Weiterentwicklung zeigte sich auch in Stuttgart. Ein reges Geistes- und Kunstleben hatte eingesetzt, aus dem vorigen Jahrhundert waren die Bemühungen um die von Herzog Carl in seinen letzten Lebensjahren ins Leben gerufene „Hobe Karlschule“ nicht ohne Erfolg

gefüllte Zeit ist von den geschäftlichen Gegnern des neuen Unternehmens und von den politischen Widersachern der Arbeiterklasse einschüchlich der Regierung weidlich ausgenutzt worden. Man hat der kaum gegründeten Volksfürsorge mehrere mächtige Konfurenzen entgegengestellt, die ihr das Arbeitsgebiet streitig zu machen suchten. Diese Gesellschaften, die teils mit öffentlichen Mitteln, teils mit denen älterer Versicherungsunternehmen ausgestattet sind und sich der Unterstützung und Förderung der Regierungen und Behörden erfreuen, spekulieren alle auf die Beiträge der Arbeitermassen, überbieten sich in ihren Werbungen und verheizen den Versicherungs-lustigen Vorteile, die ihnen die seitherige Volksversicherung nicht gewährte, — sicherlich auch ein Erfolg unserer „Volksfürsorge“. Wie wenige dieser Unternehmungen aber imstande sind, der „Volksfürsorge“ das Wasser abzurufen, beweist die Kapitulation des Landrats Graf v. Weisfallen vom Kreis Ludinghausen, der auf einer im April abgehaltenen vertraulichen Konferenz zur Schaffung einer „Anti-Volksfürsorge“ erklären mußte:

„Die Gewerkschaften hätten solche Tarife eingereicht, denen die Genehmigung nicht verweigert werden konnte. Es müßte in einigen Tagen die Erlaubnis zur Geschäftsführung der „Volksfürsorge“ erteilt werden. Wodurch sei, daß sich dies noch einige Zeit hinausziehen lasse, aber die Gefahr der Tätigkeitsaufnahme von den freien Gewerkschaften bleibe bestehen und wäre doppelt so groß, weil die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volksfürsorge“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Aber das sei auch nicht so leicht, denn die „sozialdemokratische Volksfürsorge“ sei so gestaltet, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile biete. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante „sozialdemokratische Volksfürsorge“ heranreichen. Durch den Zusammenschluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden.“

Da die Aufsichtsbehörde mußte die „Volksfürsorge“ und die von ihr eingereichten Tarife genehmigen und diese Tarife sind für die Massen der Arbeiterklasse so eminent vorteilhaft, daß die Reaktionsäre aller Schattierungen ihre Mut kaum mehr verhalten können, sondern sich in ohnmächtigem Gebrüll Luft zu machen suchen. Man lese bloß das folgende Exzerpt eines Scharfmachers in den „Hamburger Nachrichten“ vom 16. Mai über die Genehmigung der „Volksfürsorge“:

„Wir stehen jetzt vor der bedauerlichen Tatsache, daß die Regierung des Deutschen Reiches es ist, welche der ihr feindlich gesonnenen Sozialdemokratie geholfen hat, den letzten gewaltigen Weller ihrer Organisation aufzurichten. Nun ist der Ring der sozialdemokratischen

Festung geschloffen. Der sozialdemokratischen Partei mit der politischen Presse, den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit ihren Fachorganen, den Frauen-, Jugend-, Sport- usw. Vereinen mit ihren Zeitungen, den sozialdemokratischen Genossenschaften — den Ex-diofleten des bürgerlichen Mittelstandes — schließt sich als letztes und befehlenswertes Mitglied die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ an. Es hätte doch auch der Regierung ein leichtes sein dürfen, gerade wegen ihrer Objektivität, nun auch mal nach der anderen Seite hin, abseits der Prudenzielle und des Gesammels von Menschlichkeit, ernstlich zu prüfen, welche politischen Gefahren diese Neugründung bei der Sozialdemokratie heraufbeschwären wird. Bei nur einigen Nachdenken würde sie — jedenfalls mit Schrecken — wahrgenommen haben, daß die Sozialdemokratie sich mit der Gründung der „Volksfürsorge“ das gefährlichste Werkzeug in ihrem Kampfe gegen Staat und Gesellschaft geschmiedet haben wird. Unser Verband hat nicht nur in einem in 300 000 Exemplaren verteilten Flugblatt auf alle Einzelheiten dieser Gefahren hingewiesen, sondern auch von anderen Seiten ist seit Jahr und Tag in Wort und Schrift auf das Unheilvolle dieser Einrichtung aufmerksam gemacht worden. Alles umsonst, die Regierung hat kein Einsehen oder Will es nicht haben. Schön, wenn die Regierung schon oft Sozialdemokraten ohne eigentliche Absicht durch ihr Verhalten geächtet hat, hier züchtet sie mit Willen Sozialdemokraten in „Reinkultur“. Denn alle zukünftigen Mitglieder der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“, ob Land- oder Industriearbeiter, ob Handels- oder Gewerbetreibende, ob Privat- oder Gemeindef-, Staats-, Reichsangehörige, sie alle sind durch ihre Beiträge an die Volksversicherung, durch ihre Hoffnungen auf spätere Vorteile für ihre Familien untrennbar mit der Sozialdemokratie auf Gedeih und Verderb verbunden.“

Mit dem Interesse für die Entwicklung der „Volksfürsorge“ wird — geschieht durch die Organe der Anstalt genährt — das Interesse für andere sozialdemokratische Einrichtungen kommen. Und damit ist jeder, ob Mann, ob Frau, der Sozialdemokratie versallen. Denn diese geschickte Neuproduktion läßt keinen entscheiden, der in die Maschinen ihres Reges geraten ist. Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volksversicherung betrauen, mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, der Frauen- und Jugendorganisation.

Aus diesen fünf Brunnen wird die Volksversicherung zunächst ihre Mitglieder und ihre Millionen in Geldeswert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiter bauen können, gestützt auf die großen Ueberflüsse, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorsichtsmaßnahmen, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegung großer Teile des Vermögens wird die „Volksfürsorge“ und damit die Sozialdemokratie eine gefährdende Geldgeberin werden.

Daß sie es versteht, Geld aus ihren Opfern herauszuholen, das zeigen uns die Parteibeiträge, das Vermögen der Partei von 60 Millionen, die Gewerkschaftsbeiträge von jetzt schon 72 Millionen Mark jährlich. Prophezeien ist ein schlechtes Handwerk, aber trotzdem, ein Blick auf die heutige Sozialdemokratie und ihre

Organisationen berechtigt zu der Behauptung, daß die Sozialdemokratie in nicht allzuerner Zeit durch die „Volksfürsorge“ über Hunderte von Millionen verfügen wird. Nicht zum Heile des Vaterlandes! Die Regierung hat sich eines nicht wieder gutzumachenden Fehlers in ihrer Pflicht zur Wahrung der heiligsten Interessen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung schuldig gemacht durch ihre Genehmigung zur Gründung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“.

Doch überlassen wir die Landräte der Regierung ihren Verlegenheiten und die Scharfmacher ihrem Schmerz. Wir haben jetzt viel Wichtigeres zu tun. Trotz der uns widerwillig gezollten Anerkennung und trotz der die Ehnmacht der Gegner nur allzu deutlich offenbaren Panikfälle dürfen wir keinen Augenblick daran zweifeln, daß für uns der Kampf noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern erst beginnt. Die „Volksfürsorge“ und ihre Versicherungstaxen sind zwar genehmigt, der Geschäftsbetrieb freigegeben — beides konnte nicht verhindert werden. Aber jetzt beginnt der Kampf auf dem Felde der Verarbeitung. Man wird es an Verleumdungen der „Volksfürsorge“, ihrer Begründer und Mitarbeiter, an Verdrehungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bewußten oder leichtfertigen Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schlammschlur wird sich gegen alle diejenigen heranzuziehen, die den Mut haben, die Volksversicherung der spekulativen Ausbeutung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterklasse nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Zähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Verarbeitung energisch aufzunehmen und möglichst weite Volkstriebe, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorzüge der Volksversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationen allerorts sich in den Dienst der „Volksfürsorge“ stellen, um den Betrieb derselben nach den Grundfäden möglicher Sparsamkeit und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrenjagd für die Arbeiterklasse sein, das aus eigener Kraft geschaffene Unternehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Keiner, der imstande ist, der „Volksfürsorge“ seine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand verfolge ihr die Mitarbeit und Mitbeteiligung.

Die „Volksfürsorge“ übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Erlebensfall, Kinderversicherung, Sparversicherung sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung. Alles Nähere erläutern die in den nächsten Tagen zur Verbreitung kommenden Flugblätter und Prospekte, sowie die Auskünfte der Vertrauenspersonen, die durch die örtlichen Organisationen bestellt wer-

geblieben, allerdings in anderem als in feiner Sprache, die Namen: Schiller, Danneberg und später Uhland, Hauff, Schwab zeugen dafür, daß der freibühliche Geist auch in den Mauern Stuttgarts sich regte. Die Einführung der Eisenbahn 1846 tat das übrige, Gewerbe und Handel wurden gefördert, die Industrie durchbrach ihre Schranken und heute kann Stuttgart mit Recht unter den gegebenen Verhältnissen den ihm gebührenden Platz verlangen. Diese Entwicklung zeigt sich am besten in der Einwohnerzahl, die anfangs des 19. Jahrhunderts auf 20 000 angegeben ist, gegen Mitte sich auf 70 000 steigerte, um sich gegen das Ende auf 140 000 zu vermehren. Die letzte Zählung 1910 stellte einschließlich der neuen Vororte, die 1905 resp. 1908 zu Stuttgart kamen und nun Groß-Stuttgart bilden, 286 218 Einwohner fest, die mit 1. Dezember 1912 nun rund 300 000 betragen. Damit steht Stuttgart an fünfzehnter Stelle unter den deutschen Großstädten.

Die ganze Anlage der Stadt ist charakteristisch; aus dem ihr zu eng gewordenen Tale streift sie gleich einem Kolypsen ihre Arme nach den nahen Höhen aus, gleich einem Amphitheater liegen die neuen Stadtteile mit ihren villenartigen Anlagen als Kranz um die Altstadt, aus der als Zeichen der Gewerbstätigkeit seiner Einwohner die Kamine der Fabriken emporragen, die aber auch anzeigen, daß dort, wo einst der Bürger Feld und Weinberg besaß, das allmächtige Industriekapital seinen Sitz aufgeschlagen und eine vollständige Veränderung in der Erwerbstätigkeit der Großzahl der Einwohner herbeigeführt hat. Angenehm berührt es den Besucher, wenn er von einer der Höhen das Stadtbild auf sich wirken läßt, wie sich vom Zentrum aus, durch die halbe Stadt entlang das grüne Band der königlichen Anlagen hinzieht, die Lunge Stuttgarts, in der sich die Stuttgarter der Ruhe und Erholung

hingeben können. Auch sonst erscheint noch da und dort ein grünes Fleckchen Erde, um das die biedereren Stuttgarter bei eventl. Gelüsten von Wauspelantem große Nadeln schlachten liefern. Es ist dies ein Zug der Schwaben überhaupt, daß sie an ihren alten Sitten und Gebräuchen festhalten. Die jahrelange Abkühlung von der Außenwelt in ihren Mauern hat einen eigenen Menschenschlag herangebildet:

Urtüchtig und gradaus, gemüthlich bis dorthin, Wenn's sei muh, saugrob, dös ist a Schwob! Wieder und treu am Althergebrachten hängend, zeigt er sich fremden Einflüssen nur schwer zugänglich, hat er jedoch eine Zweckmäßigkeit erkannt, hält er auch an deren Aus- und Durchführung zäh fest. Nicht umsonst ist das Schwabenalter sprichwörtlich geworden. Wo der Norddeutsche durch lebhaftes Temperament seiner Meinung Ausdruck gibt, vertritt der Schwabe mit ruhiger Sicherheit seine Ansicht, und im Rate der Völker hat er sich seinen Platz erworben. Durch all die Jahrhunderte ist der Stuttgarter der gleiche geblieben, er bebaut seine Acker und Weinberge, und gerade letzteres ist zu einer Spezialität geworden, der „Wengert“ ist eine charakteristische Figur, jedoch zur Seltenheit geworden, seit die Weinberge mehr und mehr verschwinden. Er ist Grundbesitzer geworden, und wo einst die Väter in harter Tagesarbeit ihren „Wengert“ bearbeiteten, sitzen jetzt die Söhne entweder als Haus- und Grundbesitzer in ihren Neubauten, oder sie rechnen nach, um wie viel ihre Klöße von Tag zu Tag an Wert steigen. Der übergroße Teil der Einwohner ist zu Industriearbeitern geworden, wozu auch die Bewohner der umliegenden Ortschaften gerechnet werden müssen, die im Laufe der Jahre ihre landwirtschaftliche Tätigkeit als nicht ausreichend zum Erwerb aufgeben mußten, um nur noch für

ihren eigenen Bedarf zu produzieren. Immerhin gibt es noch weite Strecken mit Nüchengebüscheln bebauten Bodens, das Reduktal aufwärts: der Gemüsegarten Stuttgarts, dessen Abgabebereich der Magen der Großstadt ist, denn neben Späßen und Sauertraut darf Gemüse nicht fehlen. Die Bewohner dieser Gegend sorgen auch dafür, daß die Kühle nicht zu kurz kommt, denn neben dem Bier, für das die großen Brauereien in und um die Stadt sorgen, und dem Wein, der immer noch in sehr guter Qualität an dem Hängen Stuttgarts wächst, und der Kennern und Nichtkennern schon manche schmerzliche Stunde bereitet hat, wird als Hausstraub der Apfel- und Birnenmost verwendet, der in bezug auf seinen Wert als Erfrischungstrank den anderen Getränken vorzuziehen ist. Der Arbeiter, sowohl Land- als Industriearbeiter, braucht zu seinem „Beiser“ seinen „Wosch“, den das von den Brauereien in erstöcktem Maße eingeführte Klappbeier wegen seiner Willigkeit und weniger Schlaffheit verurachtenden Wirkung nicht verdrängen kann.

Stuttgart ist Großstadt geworden, um das auch Königer aus den verschiedenen Metropolen nicht herumkommen, speziell seine bauliche Entwicklung hat Fortschritte gemacht. Der Fremde, mag er noch so verwöhnt sein, er wird auf seine Rechnung kommen. Schon der alte Bahnhof war lange Zeit einer der schönsten Deutschlands, er muß jedoch jetzt der gesteigerten Verkehrsentwicklung weichen, und der jetzt im Bau begriffene, der allerdings nur erst im Modell vorhanden, wird diesem Prädikat nicht nachstehen. Neues Rathaus, Gewerbemuseum, die neuen Posthäuser, Königbau, Bibliothek usw. sorgen dafür, daß der gute Auf gewahrt bleibt, und wenn der neue Bahnhof fertiggestellt sein wird, wird an Stelle des alten und des umliegenden Gebäudekomplexes ein neues Viertel entstehen, das nach den

den. Ueber die Bestellung der Vertrauenspersonen heißt es in den vereinbarten Grundzügen des Organisationsplanes:

I. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit allen ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Verwaltungskosten der „Volksfürsorge“ möglichst gering werden, um die so ersetzte Ersparnis den Versicherten zu Gute kommen zu lassen.

II. Nach Möglichkeit haben deshalb die Einkassierer und Beitragskassierer der Gewerkschaften auch die Einkassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierfür festgesetzte Entschädigung zusteht.

III. Ueber die Art der Abrechnung der Beitragskassierer, ob direkt mit dem Rechnungsführer oder mit den Einkassierern der einzelnen Gewerkschaften, muß in jedem Ort eine den Verhältnissen angepaßte Regelung getroffen werden. Die Verantwortung für die Kontrolle hat in jedem Falle der Rechnungsführer zu übernehmen.

IV. Es ist in allen Orten zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaften bezw. deren Orts- und Untereinkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ nach Maßgabe dieses Organisationsplanes und den eventuell noch zu erlassenden speziellen Anweisungen des Vorstandes der „Volksfürsorge“ zu übernehmen bereit sind. Die diesbezüglichen Feststellungen werden da, wo Gewerkschaftskarteile vorhanden sind, diese vornehmen müssen.

Haben die Gewerkschaften bezw. deren Orts- und Untereinkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Versuchen gegliederten Organisation nicht erfahrene Versicherten von Gewerkschaftskarteile die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Amtso bei diesen Versicherten besorgen.

V. Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden könnten. Für jeden Bezirk ist eine erforderliche Zahl von Vertrauenspersonen zu bestellen.

Die Entgegennahme von Versicherungsanträgen und die Verabfolgung von Marken für die Sparversicherung seitens der gewerkschaftlichen Einkassierer ist auch dann ihre Pflicht, wenn die so leitende Gesamtarbeit von den Gewerkschaften nicht übernommen worden ist. Sie unterliegen den von der Verwaltungskommission und dem Rechnungsführer getroffenen Kontrollvorschriften der „Volksfürsorge“.

Mit der Eintragung ins Handelsregister ist die letzte Formalität erfüllt; die eigentliche Arbeit kann also beginnen. Möge sie von Anfang an von Erfolg gekrönt sein zum Segen der Versicherungsbedürftigen! Die Schwierigkeiten sind nicht

zu unterschätzen. Kapitalstrenge, wohlgerüstete Nebenbuhler machen der Volksfürsorge das Feld streitig. In der „Beitragsschrift für Versicherungswesen“ wird über die Erfolge der privaten Gesellschaften auf dem Gebiete der Volksversicherung geschrieben:

„Der Grund liegt offenbar darin, daß nur dann die Volksversicherung wirklich erfolgreich betrieben werden kann, wenn sie als Massengeschäft organisiert wird, d. h. wenn Tausende von Beamten tätig sind, die Versicherungsgünstigen anzufinden, um möglichst Strahe für Strahe und Haus für Haus die ganze Bevölkerung bestimmten großen Versicherungsgesellschaften zuzuführen. Aber nur der Gewinnung der Versicherten ist es nicht getan. Viel schwieriger ist es, sie zu erhalten. Hier hat die „Victoria“ Mustergütiges, Vorbildliches geschaffen. In allen Städten und dichtbesiedelten Bezirken hat sie Inzassobureaus errichtet. Jedem Einwohner sind bestimmte Straßen zugeteilt, die er an ganz bestimmten Tagen der Woche abgeht, so daß bei jeder Familie in jeder Woche immer an demselben Tag und womöglich zu derselben Stunde der Einnahmer erscheint, um die Beiträge in Empfang zu nehmen. Verzieht ein Versicherter in ein anderes Stadtviertel, so wird er dem dort zuständigen Einnahmer zugewiesen, nachdem man unter Umständen mit Hilfe des Einwohnerkontrollamts die neue Adresse ansfindig gemacht hat. Dasselbe geschieht bei dem Verziehen in eine andere Stadt.“

Die Volksfürsorge wird dem eine gleich schlagfertige und womöglich noch billigere Organisation entgegenzustellen und vor allem den idealen Zweck haben, nicht den Aktionären, sondern den Versicherten Vorteile zuzuwenden und soziale Aufgaben lösen zu helfen.

Und nun ans Werk, damit die Absichten der Gegner zu schanden werden und die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung bald zur vollen Entwicklung ihrer sozialen Fürsorge gelangen möge!

Die Kartonnagenfabrikation in einer Strafanstalt.

Zu den bisher noch nicht gelösten sozialpolitischen Problemen gehört die Regelung der Arbeiten in den deutschen Strafanstalten. Parlament und Presse sehen sich immer wieder genötigt, darauf zurückzukommen, um eine Einrichtung aus der Welt zu schaffen, die weder für den Staat als solchen einen Vorteil bietet, noch die Strafanstaltsinsassen materiell oder moralisch wieder hebt, die aber wohl geeignet ist, zugunsten einiger weniger Fabrikanten ganze Gewerbe zu schädigen. Zu diesen gehört auch die Kartonnagenfabrikation. In einer sächsischen Strafanstalt wird ein verhältnismäßig großer Teil des Gefangenenhandels darin beschäftigt und zwar lediglich zum Vorteil eines einzigen Fabrikanten, der dadurch in der Lage ist, mit jeder Firma der Umgegend konkurrenzieren zu können, und dies auch in noch ganz anderer Weise tun würde als jetzt, wenn er mehr Arbeitskräfte — in diesem Falle mehr Gefangene erhalten könnte. Daß die Beurteilten wäh-

rend der Verbüßung ihrer Strafen beschäftigt werden müssen, bedarf keiner Frage. Es hieße diese Leute geradezu martern, wenn man ihnen nur Beschäftigung gewähren würde, im übrigen aber ihnen keine Gelegenheit gäbe, sich irgendwie zu betätigen. Also die Frage, ob in den Strafanstalten gearbeitet werden soll oder nicht, ist eigentlich keine Frage mehr, wohl aber die: Für wen und was soll gearbeitet werden. Als vor einer Reihe von Jahren unter dem Tunde der öffentlichen Meinung sich einzelne Bundesstaaten entschlossen, die Inzassen der Strafanstalten mehr als bisher mit Arbeiten für den Staat (Tischlerarbeiten, Anfertigung von Militärrequisiten usw.) zu beschäftigen, da glaubte man annehmen zu dürfen, daß man so langsam nach abgelaufenem Kontrakt alle Unternehmer aus den Gefängnissen, Zuchthäusern und Korrektionsanstalten verdrängen würden, soweit sie darin arbeiten lassen. Das wäre diesen Herren aber durchaus nicht recht gewesen, denn je voller die Gefängnisse usw. sind, desto mehr Arbeitskräfte stehen ihnen zur Verfügung. Wenn jetzt seit ein paar Jahren eine rückgängige Frequenz in den deutschen Strafanstalten zu konstatieren ist, so bequem sie sich diesen Tatsachen nur ungern an. Denn welcher freie Arbeiter aus der Kartonnagenbranche würde bei einer täglichen circa 11stündigen Arbeitszeit für 13—14 Mk. pro Monat arbeiten oder für pro Tag 60 deutsche Reichspfennige? Mehr zahlt nämlich der Arbeitgeber in der Kartonnagenbranche im Durchschnitt nicht für den Mann. Der Zahlungsmodus ist nach dem Kontrakt mit dem Staat, der die Arbeitskräfte auf eine längere Reihe von Jahren zu vergeben hat, ein anderer. Auf dem Submissionswege gewissermaßen werden diese vergeben; eine bestimmte Zahl wird zwar genannt, die der Unternehmer dann auch beschäftigen muß, die aber — wenn nicht genügend Leute eingekauft werden — der Staat auch nicht unter allen Umständen zu stellen hat.

Im allgemeinen herrscht das Akkordsystem, es wird das Stück resp. das Hundert irgendeines Artikels bezahlt. Nachdem eine gewisse Probezeit bei Einführung der Fabrikation gemacht worden ist, geht es an die Auffüllung der sogenannten „Kontingentscheine“. Unter „Kontingens“ versteht man ein gewisses Quantum von „Arbeitsseinheiten“. Eine Arbeitseinheit ist die Leistung eines mittelmäßigen Arbeiters in einer Stunde, und sie wird für die Schuhbranche in Sachen z. B. mit 6 bezw. 7 Pfennig, in der Kartonnagenbranche mit circa 3½ Pf. bezahlt. Die Anstaltsdirektion bestimmt nun, wie viel solcher „Einheiten“ der einzelne Gefangene pro Monat resp. pro Tag zu leisten hat, wobei auf Perus, Alter, Gesundheit usw. Rücksicht genommen wird. Das Mindeste, was von einem Normalmenschen nach einer sogenannten einmonatigen Leberzeit verlangt wird, sind 11 Einheiten pro Tag. Dafür werden 11 x 3½ = 38½ Pf. gezahlt. Da die Anstalt für jede über 10 Einheiten pro Tag geleistete Mehrleistung dem Gefangenen einen Pfennig als Arbeitsbedienst aus-schreibt, auf den er allerdings keinen Anspruch hat, so lange er ihm nicht tatsächlich ausgehändigt ist, so sind die meisten — nicht alle — Gefangenen be-

plänen und Kosten genommen etwas Erstklassiges zu werden veripricht. Auch in den Kirchen besitzt die Stadt Kunstdenkmäler; angefangen an der alten Stiftskirche, dem Wahrzeichen Stuttgarts, ist mit wenig Ausnahmen jede ein Baudenkmal für sich.

Wüdig schließt sich die weitere Umgebung an, die wie in wenig Städten in solcher Nähe Wälder, Schöfer und Burgen aufweist, die auf bequemen Wegen zu Fuß oder durch günstige Fahrgelegenheit zu erreichen sind. Nicht vergessen darf werden, daß Stuttgart im Besitze mineralischer Quellen ist, die in ihrer Stärke eine Seltenheit bilden. Das Neureicher Mineralbad ist das größte offene Badebassin Deutschlands.

Auch als Großstadt der Industrie kann sich Stuttgart sehen lassen; die rege Gewerbsamkeit Alt-Stuttgarts ließ mit dem Fall der Zunftbeschränkungen und mit dem Einrücken des Kapitalismus in den verschiedenen Industrien der Entwicklung freien Lauf, und wenn auch Stuttgart selbst die billige Wasserkraft fehlte, so schaffte die Elektrizität Ersatz. Fabriken entstanden aus den seitherigen kleinen Betrieben, das freie Spiel der Kräfte kam zur vollen Entfaltung und heute hat der Kapitalismus seine Burgen überall aufgestellt. Speziell die Metallindustrie zeigt eine riesige Entwicklung, besitzt doch Stuttgart zwei Fabriken: Daimler und Bosch, die Gewähr bieten, daß die Industrie in Stuttgart mit ihrem ganzen Nutzen und Schaden auf der Höhe der Zeit ist. Denn auch die Schäden haben die Stuttgarter Arbeiter mit denjenigen anderer Industriezentren gemein, und somit war auch die Notwendigkeit der Abwehrmaßregeln gegeben. Und es kann gesagt werden: die Mühen, die es kostete, waren nicht vergebens, hat Stuttgart doch heute eine freiorganisierte Arbeiterschaft von 49.377, die sich auf 41 Berufe verteilt. Auch die politischen Verhält-

nisse können sich sehen lassen. Stuttgart selbst, sowie zwei weitere Wahlkreise, sind im Reichstag sozialdemokratisch vertreten, im Landtag sitzen 17 Abgeordnete und auf dem Rathaus ist ebenfalls eine Fraktion von 15 Genossen, zu denen noch 14 im Bürgerausschuß kommen.

Die Buchbinderei Stuttgarts betreffend werden schon im Jahre 1500 Buchbinder erwähnt, aber bis ins 19. Jahrhundert ist die Zahl klein, 1510 findet sich nur einer, 1589 waren es erst zwei; das 17. und 18. Jahrhundert brachte keinen nennenswerten Zuwachs, erst im letzten Jahrzehnt das Jahr 1852: 56 Meister mit 19 Gesellen. Bei Auflösung der Stuttgarter Buchbinderzunft im Jahre 1802 waren 46 Zunftmeister vorhanden. Die Zunft bestand fast 1½ Jahrhunderte, und wurde auf Ansuchen der Meister am 10. März 1719 ins Leben gerufen, mit allen den Einschränkungen, die die Zünfte ihren Mitgliedern auferlegten. Da die Buchbinderei in Stuttgart nur ein „kleines Handwerk“ war, d. h. wegen der geringen Zahl ihrer Meister, war die Stuttgarter Zunftfrage über ganz Alt-Württemberg verbreitet, so ist es verständlich, wenn die Auflösung 1802 sich zugleich auf 12 Oberämter erstreckte. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Buchbinderzunft schon ein Lehrlingsregulativ hatte und Bestimmungen betr. Hebergeleit vorlag. Der Meister, der einen Sohn ausgeben wollte, sollte erst ein Jahr, sofern er einen anderen Jungen gelernt hatte, zwei Jahre lang seinen Lehrlingen mehr annehmen. Hatte der Meister einen Lehrling, so durften nicht mehr als zwei Gesellen beschäftigt werden, bei keinem Lehrling dagegen drei. Sodann sollte er nach der Buchbinderordnung, wenn er mit Arbeit so überhäuft war, daß er sie mit seinem Personal nicht fertig bringen konnte, keinen anderen Meister einig der gleichen Arbeit, nur zu seinem Profit, um einen

geringen Lohn und Verdienst ins Haus geben, sondern eine solche Arbeit ab- und seinem anderen Mitarbeiter zuweisen, damit ein solcher auch als ein ehelicher Mann neben ihm fortkommen möge.“ Auch Klagen über Konkurrenz wurden laut, denn als 1786 Herzog Karl Eugen, der Gründer der Hohen Karlschule, einen eigenen Hof- und Manufakturbuchbinder anstellte, richtete die Zunft an den Herzog die eindruckliche Bitte, diese Buchbinderoffizin aufzuheben oder doch einem Stuttgarter Bürger und gelernten, bei der Zunft eingeschriebenen Meister zu übertragen, indem ihr gegenwärtiger und zukünftiger Nahrungsstand durch diese Einrichtung empfindlich verringert und der ohnehin allzu überlebten hiesigen Meisterschaft, von der kaum die Hälfte ihr Brot verdienen, ein beträchtlicher Teil ihres Verdienstes verloren gehe. Immerhin gab es noch aufgehende Geschäfte, wofür als Beweis dient, daß von den 1896 bestehenden 82 Buchbinderfirmen sich 25 bis auf 30 und noch mehr Jahre zurückverfolgen lassen. Die Einführung der Gewerbefreiheit 1862 ließ auch die Buchbindereien amwachsen, so daß 1866 bereits 60—70 bestanden, doch in der Hauptsache nur Kleinbetriebe. Die Entwicklung Stuttgarts zum süddeutschen Zentrum des Buchhandels brachte auch der Buchbinderei Vergrößerungsmöglichkeit, wozu noch als weiteres kam, daß die zwei größten Verlagsfirmen Stuttgarts, „Deutsche Verlagsanstalt“ und „Union“, sich eigene Buchbindereien einrichteten. Die erstere entwickelte sich erst allmählich, während die letztere durch die Verschmelzung von vier Verlagsfirmen den für diese arbeitenden Buchbindereien viel Schaden brachte. Nach der Gewerbestatistik vom Jahre 1882 wurden in Stuttgart 184 Buchbindereien und Kartonnagenfabriken mit 884 Hilfsarbeitern, und bei der Aufnahme des Verbandes 1888 ebenfalls 115 Betriebe mit im ganzen 1136 Personen gezählt.

sticht, möglichst viel über 10 Einheiten pro Tag zu leisten. Einzelnen geschickten Leuten gelingt dies, im Durchschnitt aber werden meist doch bloß 14-15, manchmal aber auch nur 13 1/2 Einheiten pro Tag geleistet. Für diejenigen, die nicht auf Stück arbeiten, wie z. B. die Feder, die Maschinenarbeiter, die Feister, auch der Schreiber, welcher die notwendige Durchführung, den Versand usw. zu erledigen hat, werden die Arbeits-tage berechnet, wobei jeder mit 17-33 Einheiten berechnet wird. Letzteres (33 Einheiten pro Tag) kommt so gut wie gar nicht vor, denn das Aufsteigen geschieht von der letzten Arbeitsklasse aus, welcher der Betreffende angehört hat, und das ist meistens nach sechsmonatiger Tätigkeit noch nicht einmal 20 Einheiten pro Tag. Wird er dann nicht mehr als Penitent, sondern als sogenannter „Rebenarbeiter“ beschäftigt, dann wird ihm jeden Monat eine Einheit pro Tag mehr geschrieben. Hat er also z. B. ultimo Dezember 20 Einheiten geleistet, so bekommt er im Januar pro Tag 21, im Februar 22 usw., so daß er nach einem Jahre, vorausgesetzt, daß er so lange überhaupt Strafzeit hat, 32 Einheiten gutgeschrieben bekommen würde.

Auf den Arbeitsfällen ist eine sogenannte Penitententabelle ausgehängt, die jeder Gefangene einsehen darf. Ob er daraus Flug wird, ist eine andere Frage, denn die Artikel führen Bezeichnungen, die vielleicht dem Fachmann geläufig sein mögen, dem Laien aber — wenigstens die erste Zeit — ganz sicherlich nicht. Was weiß der z. B., was „Abwofuten“ sind! Auch führt diese Liste eine ganze Reihe von Artikeln auf, die ichdenbar recht gut bezahlt werden, nur schade, sie werden so gut wie gar nicht gemacht und sie sind nur aufgeführt, um zu beweisen, daß die sogenannten „besseren Sachen“ auch angemessen bezahlt werden. Die gangbaren, d. h. die in der Strafanstalt angefertigten Artikel, sind sogenannte „überlegene“ Sachen. Nun mag nachstehend ein „Lohntarif“ — wie man im freien Betriebe sagen würde — folgen.

Für Konvoluten (kleines Format) pro Mille = 40 Einheiten à 3 1/2 Pf. = 140 Pf.

Für sogenannte „Schieber“ (kleines Format) 50 Einheiten à 3 1/2 Pf. = 175 Pf.

Für kleine runde Schachteln mit eingesehtem rohen Gols, zwei Streifen und Spiegel, 85 Einheiten à 3 1/2 Pf. = 212 Pf.

Ausfassen von Wäldern, Einsetzen usw. 8 Einheiten à 3 1/2 Pf. = 26 Pf.

Sogenannte „Lebzugschachteln“ (Schachteln für Schreibfedern) bestehend aus dem Kasten mit unterstem Boden, der Hülse mit jährigem Umschlag, Wachsstöpsel, Drahtkammer, Seitenetikett, selbstauszufüllende Schieberinne usw. 140 Einheiten à 3 1/2 Pf. = 490 Pf.

Sogenannte „Parbstäben“ circa 15 Zentimeter lang, 10 Zentimeter hoch, 8 Zentimeter breit mit eingesehtem und angeleimtem Gols pro Mille = 80 Einheiten à 3 1/2 Pf. = 280 Pf. ufl.

Den Hauptartikel bilden die sogenannten Zuckerkästen. Diese aus Boden und Deckel bestehenden vierteiligen Kästen werden an den Sten mit 4 be-

ziehungsweise 8 Leinwandstreifen besteht, der eingesehte Deckelboden resp. Maltenboden dann nochmals mit einem breiten Leinwandstreifen versehen und etikettiert. Eine Zuckerraffinerie in Tangermünde braucht zu ihrem Export nach England und den überseeischen Ländern pro Jahr circa 4 Millionen, so daß Zeiten kommen, in denen 60-80 Mann nur für diese eine Firma wochenlang beschäftigt werden. Wenn man bedenkt, daß die Kraft vom Erzgebirge bis Tangermünde trotz ganzer Waggonladungen immer noch eine verhältnismäßig hohe ist, und der Unternehmer gerade diese Versicherungen möglichst prompt einzubahlen sucht, so geht dies einen derartig niedrigen Herstellungspreis voraus, wie ihn andere Firmen nicht berechnen können. Der Fabrikant zahlt pro Mille (80 Einheiten à 3 1/2 Pf.) 280 Pf. An 500 Stück oder haben 3 Mann, die eine sogenannte „Miege“ bilden, bei angestrenzter Tätigkeit einen vollen Tag zu tun. Es verdient also jeder Mann der Anzahl bei der Vorfierung dieses Artikels circa 47 Pf. pro Tag. Ferner ist zu bedenken, daß der Fabrikant, der mit freien Leuten arbeitet, für Lokalmiete, Heizung, Licht, Krankenkassenbeiträge, sowie für Gehalt seiner Kontorangestellten, Werkführer, Feder usw., sein Regieökonomie ganz gewöhnlich belassen muß, der die Strafanstaltsinsassen nutzbringend hat — mit Ausnahme für einen Werkführer (bei einem Gefangenenbetrieb) von circa 85-90 Mann) — diese Lasten nicht. Jeder Gefangene, der an eine Maschine veretzt wird, sei dies nun als Mäher, als Feister, Stänzer, an die Kopp-schere oder dergl., hat ausdrücklich schriftlich zu erklären, daß er keinerlei Ansprüche an die betreffende Firma macht, wenn ihm ein Unfall zuziehen sollte. Tut er dies nicht, dann gibt es genug andere, die sich zu solchen Arbeiten drängen, denn bei diesen „verdienen“ sie pro Tag bis zu 20 Pf., wovon ihnen allerdings 25 Proz. gekürzt werden zugunsten der allgemeinen Spargelderkasse, ferner wenn sie vorbeirät sind oder noch nicht genügend lange Strafzeit verbracht haben, um sich durch gute Führung und Fleiß die Zugehörigkeit zu einer höheren Disziplinar-kasse zu erwerben.

Die Verhüttung der Arbeit geschieht in sogenannten „Miegen“. Drei resp. 4 Mann bilden eine solche. Der Meistse, d. h. der die Arbeit schon am längsten macht und in allen fort kann, wird „Miege-führer“. Er legt meistens an, muß aber eventuell auch als Feiner oder Einträger arbeiten können und bekommt dafür nur dann mehr als der noch Lernende, wenn dieser noch nicht 1 Monat bei der Arbeit ist.

Damit nun aber der Herr Fabrikant für die Richtigenarbeiter nicht zuviel zahlen, werden alle Stunden, in denen andere Arbeiten gemacht werden, in Abzug gebracht. Trotzdem wird — allerdings mit negativem Erfolge — versucht, die Lohnskala noch weiter zu drücken.

Wenn im allgemeinen die Zustände, wie sie hier der Wahrheit gemäß dargelegt wurden, in der Öffentlichkeit recht wenig bekannt sind, so liegt das daran, daß der Gefängnisbeamte natürlich alles als Dienstgeheimnis zu betrachten hat, und daß er über diese Angelegenheit ebenso schweigt, wie über jedes andere Vorkommnis in der Strafanstalt. Der Akkordunternehmer aber wird sich hüten, seiner Rundschaft oder gar seiner Konkurrenz auf die Nase zu binden, wo und unter welchen Bedingungen er so kolossal billig arbeiten läßt. Der Gefangene, so weit er überhaupt einen Einblick in den Betrieb tun kann, ist meistens froh, wenn seine schwere Zeit hinter ihm liegt und er hat auch meistens kein Interesse für öffentliche Angelegenheiten. Was kümmert ihn Sozialpolitik, was Strafanstaltskonkurrenz. Und dann herrscht bei den meisten ja auch neben der berechtigten Furcht, sich zu schädigen, die falsche Meinung, daß ein einzelner überhaupt nicht vermag, die Schäden zu bessern. Gewiß kann der einzelne heute in der Zeit der Masseneinwirkung nichts machen, aber die beteiligten Interessenten mit Material usw. zu versehen, damit die esse geschlossen den Schäden in ihrem Gewerbe erfolgreich begegnen können, das ist ihm möglich. Viele wenige machen ein viel, vereinte Kräfte haben zum Ziel! Und zuletzt wird es auch Erfolg haben, wenn mit genügendem Nachdruck das Verlangen gestellt wird: „Strafanstalten sollen nur für den Staat, der sie ja auch erhalten muß, arbeiten und nicht für einzelne Unternehmer, die durch die billigen Arbeitskräfte, welche die Staatsbürger während der Strafzeit zu erhalten haben, gewissermaßen eine unerbittliche „Liebesgabe“ vom Staat erhalten!“

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie an nichtorganisierte Kollegen weiter.

Aus unserem Beruf.

Fachjurie.

An der Gewerbeförderungsanstalt für die Rhein-proving in Köln findet auch in diesem Sommer ein achtwöchiger Meisterkursus für Buchbinder statt, der am 4. August beginnt und am 27. September schließt wird. Den Unterricht in den Fachgegenständen, im Zeichnen und der Materialkunde erteilt der Kunstbuchbinder und Fachlehrer Adam-Düffel-dorf. Die Werkstätte ist in muntergültiger Weise mit den neuesten Maschinen und Werkzeugen versehen. Stoffverteilung und Unterrichtsplan sind so eingerichtet, daß der Kurist besonders als eine Vorbereitung auf die Meisterprüfung zu gelten hat, doch auch denen, die bereits Meister sind oder es später werden wollen, zur Weiterbildung und Ergänzung ihres Wissens dienen kann. Anmeldungen müssen baldigst bei dem Direktor der Gewerbeförderungsanstalt in Köln, Ufer-ring 48, erfolgen.

Seit Oktober 1910 ist an der graphischen Abteilung der städtischen Gewerbeschule an der Brandstraße in München eine Tagesfachschule für Kunstbuchbinder errichtet, die weiter-führenden Schülern und Weibern in Theorie und Praxis Gelegenheit geben soll, sich gründlich in allen Zweigen des Buchgewerbes und besonders in der regelrechten, sorgfältigen Herstellung wirklich künstlerischer Einbände auszubilden. Bei den jährlichen Ausstellungen der Arbeiten hat diese Tagesfachschule gezeigt, daß sie die Erwartungen, die von den beteiligten Kreisen auf sie gesetzt wurden, zu erfüllen in der Lage ist. Es zeigt sich immer mehr, welcher hoher Wert dieser Fachkräfte beizulegen ist, da es einem irreführenden Teilnehmer gelungen ist, auf Grund seiner an der Fachschule teils erweiterten, teils neu erworbenen theoretischen Kenntnisse und seiner hervorragend künstlerischen Leistungen nach den erkrankten Bestimmungen des § 89 Abs. 6 der Wehrordnung, des sogenannten Künstlerparagrafen, die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst zu erlangen. Einjährig-Freiwilligen wird zur Erreichung des gleichen Zieles von der Schule die größtmögliche Förderung zugeführt. — Diese Tages-fachschule ist als organische Fortsetzung der Pflicht-fachschule auch ganz besonders solchen Buchbindern zu empfehlen, die sich mit besonders gutem Erfolge auf die bevorstehende Schiffs- und auf die spätere Meisterprüfung vorbereiten möchten.

Unglücksfall.

In der L. P. A. G. vorm. Gustav Frißsche ver-unglückte am 2. Mai unser Kollege Arthur Schleider. Er schnitt sich beim Einsetzen des Messers einer Beschnidemaschine zwei Finger der linken Hand bis über das zweite Fingerglied ab. Unser Kollege wurde sofort dem Krankenhaus zugeführt und wir hoffen sehr, daß das Unglück nicht noch weitere üble Nach-teile für ihn zur Folge haben wird.

Konkurs.

Die erste Schleizer Glaisfabrik Witsch u. Barch-feld hat Konkurs anmelden müssen.

Was man mit christlichen Gewerkschaften erleben kann.

Zu den Gepllogenheiten christlicher Arbeiter-führer gehört es, jeden unangenehmen Bericht über Vorgänge in den schwarzen Organisationen auf Grund des Freigesetzes zu „berichtigen“. Wie man dabei verfährt, zeigen die schönen „Bericht-igungen“, die unser Münchener Versammlungsbericht (siehe die Nummern 19 und 23 der „Buchbinder-Zei-tung“) gezeigt hat.

Befassen wir uns zunächst einmal mit dem Er-zengnis des Ortsartikels der christlichen Gewerkschaften in München. Das Ortsartikel, dessen Sek-retär ein gewisser Kaejele habe ist, bestreitet, einen Fragebogen herauszugeben zu haben, durch den auch Auskunft darüber gefordert wurde, welche Tages-zeitung der befragte christliche Arbeiter lese. Dieser Fragebogen sei nicht vom Ortsartikel, sondern vom „Verein für soziale Wahlen“ herausgegeben worden. Die Redaktion der „B.Z.“ hat bereits bemerkt, man möge doch angeben, aus welchen Krei-sen der Verein für soziale Wahlen gebildet würde. Das ist in diesem Falle — wie sich gleich zeigen wird — zwar ohne jede Bedeutung. Um aber zu zeigen, daß unser Redakteur auf der richtigen Fährte ist, sei nur kurz bemerkt, daß in der kritischen Zeit (und unseres Wissens auch heute noch) ein christ-licher Gewerkschaftssekretär Vorbildender jenes Ver-eins war. . . . Nun aber zum Kernpunkt der Sache!

Die Statistik von 1896 weist folgende Zahlen auf:

Table with 2 columns: Branche and Einheiten. Rows include various printing and bookbinding trades.

Anßerdem sind noch 15 Portefeuillesgeschäfte am Ort. Die neueste Statistik vom September 1912 ergab folgendes Resultat:

Table with 2 columns: Branche and Anzahl der Betriebe. Rows include bookbinding, stationery, and other printing-related trades.

Diese Zahlen geben ein Bild der Entwicklung der Stuttgarter Buchbinder; sie geben aber auch zugleich ein Bild der Tätigkeit der Kollegenschaft, was geleistet worden ist und was noch zu tun bleibt. Die Stuttgarter Kollegenschaft wird ihre Ehre darin sehen, sowohl den Platz Stuttgart wie den für sie in Betracht kommenden Bezirk stets im Sinne und Geiste der modernen Arbeiterbewegung zu bearbeiten, zum Wohle der Gesamtheit! In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten mit einem

Willkommen in Schwaben!

Am 6. Oktober 1910 tagte unter strengem Ausschluß aller Unberufenen eine Vertrauensmännerversammlung der christlichen Gewerkschaften Münchens. Die sozialdemokratische „Münchener Post“, die aus christlichen Gewerkschaftsreisen immer sehr gut bedient wird, erhielt von einem Teilnehmer einen eingehenden Bericht über die Versammlung, der mit folgenden Sätzen begann:

„In der Versammlung sollte den christlichen Vertrauensmännern Aufklärung über die Vorgänge und Zustände im christlichen Hilfsarbeiterverband des Herrn Oswald gegeben werden. Vorher wurden jedoch einige andere Angelegenheiten erledigt. Unter anderem wollen die Christlichen nun für die ultramontane Tagespresse eine energische Agitation beginnen. Einige freie Gewerkschaften hatten vor einiger Zeit eine Umfrage unter ihren Mitgliedern gehalten, welche Zeitungen diese lesen. Darüber entstand ein großes Geschrei in der Zentrumspresse und auch in den christlichen Gewerkschaftsblättern über angebliche Beilegung der Neutralität. Gestern haben die Christlichen dasselbe beschlossen. Es wird am kommenden Sonntag ein Flugblatt verbreitet und eine Umfrage darüber veranstaltet werden, welche Tageszeitungen die christlich organisierten Gewerkschaftler lesen. Gleichzeitig wurden die Vorarbeiten für die kommende Gewerbegerichtswahl erledigt.“

Das christliche Gewerkschaftskartell hat also beschlossen, den vom engfreundeten — im Börsenjargon nennt man das eine Tochtergründung — Verein für soziale Wahlen herausgegebenen Fragebogen weiter zu verbreiten. Und darauf kommt es doch wohl an, lieber Herr Kaegebe?

Auf den Bericht der „Münchener Post“ eine Berichtigung zu geben, haben übrigens die Hauptlinge der christlichen Gewerkschaften nicht gewagt. Das muß um so mehr auffallen, als der Bericht der „Münchener Post“ unter anderem folgende — auch für unseren Fall nicht ganz bedeutungslose — Stelle enthält:

„Reigler (Beamter des christlichen Hilfsarbeiterverbandes) gegenüber bemerkte Oswald, daß man wohl viel reden könne, doch nicht schreiben. Das Geredete könne man umdeuten und sagen: Du hast mich nicht richtig verstanden. Aber das Geschriebene steht fest.“

Wenige Anführer der christlichen Arbeiter sich zu dieser Moral bekennen, die von dem durch die gesamte schwarze Presse als Musterprobe verherrlichten Zentrumsabgeordneten Oswald propagiert wurde, wollen wir an dieser Stelle nicht weiter unteruchen. Tatsache ist aber, daß das — vom Kollegen Ad. Müller erwähnte — Geständnis, das christliche Crisartell München habe in seinem Jahresbericht für 1911 verschiedene Ortsgruppen mit viel zu hohen Mitgliederzahlen aufgeführt, nicht schriftlich, sondern mündlich erfolgt ist. Wenn dieses Geständnis nun in der Berichtigung bestritten wird, so kann man dieser glauben oder auch nicht.

Mit den „Berichtigungen“ christlicher Gewerkschaftsführer hat es ja überhaupt keine eigene Bedeutung. Dafür zur Erweiterung und Belehrung unserer Leser folgendes Schulbeispiel: Die „Münchener Post“ hat seinerzeit behauptet, der in Bedrängnis geratene christliche Hilfsarbeiterverband habe seine Bücher von dem — später abgesetzten — baherischen Zentrumsabgeordneten Welschner revidieren lassen. Dessen Revisionsgutachten habe mit einem Satz geschlossen, in dem gesagt werde, die Verbandsleitung habe in ihrem Mitgliedschaftsbericht die Aufnahme eines sehr großen Darlehns aus tatsächlichen und politischen Gründen verschwiegen. Dieser Schlußsatz sei aber der Öffentlichkeit, der man das Revisionsgutachten vorsehe, unterschlagen worden. Darauf sandte Oswald der „Münchener Post“ eine Berichtigung, in der bestritten wurde, daß Welschners Gutachten diesen Satz enthalte.

Das genannte Blatt erklärte jedoch, die Berichtigung Oswalds sei eine bewußte Unwahrheit. Es sei im Besitze einer von Oswald persönlich an Beamte seines Verbandes verteilten vervielfältigten des Welschners Gutachtens, das mit dem oben erwähnten Satz schließe. Oswald ist von der „Münchener Post“ infolgedessen wiederholt in der schmerzlichen Weise beleidigt und einer frechen Fälschung bezichtigt worden. Aber bis zur Stunde hat er es nicht gewagt, deshalb Klage zu stellen.

Sobiel für heute zur Zuschrift des christlichen Crisartells München. Auf die zwei anderen „Berichtigungen“ wird auch noch näher eingegangen sein.

Internationales.

Brasilien. Das „Journal für Buchbinderei“ in Leipzig veröffentlichte Anfang März den nachfolgenden Brief eines Unternehmers aus S. Leopoldo, Rio Grande do Sul:

„Da in der nächsten Zeit vielfach Buchbinder in Deutschland aus Mangel an Arbeit brotlos werden, möchte ich Sie höll. bitten, in Ihrer geschätzten Zeitung darauf aufmerksam zu machen, daß seit längerer Zeit in Brasilien, speziell im hiesigen Staate, ein empfindlicher Mangel an Buchbindern ist. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine derartige Notiz manchen Kollegen zu einer dauernden Existenz verhelfen würde. Selbstverständlich können nur tüchtige Fachleute auf ein gutes Auskommen rechnen. Als Anfangsgehalt wird im allgemeinen Mk. 6,20 pro Tag bezahlt.“

Da ich wiederholt Anfragen betr. Buchbinder aus dem Staate erhielt und in meinen Betrieben solche fehlen, bin ich gerne bereit, nähere Auskunft auf Anfragen zu erteilen.

Ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß das Klima speziell in unserm Staate den Deutschen sehr erträglich ist und diesen wiederholt ein Aufenthalt hier ärztlich empfohlen wurde. Verhältnisse sind denen der Deutschen entsprechend und ist auch die Sprache durchweg deutsch.

In vorzögl. Hochachtung

W. Röttermund.

S. Leopoldo, Rio Grande do Sul.“

Das neue Heft des „Journal für Buchbinderei“ enthält eine Entgegnung auf die vorstehende Notiz, die wir ebenfalls im Wortlaut bringen, damit unsere Mitglieder sich vor Schaden bewahren können und sie einigermaßen wissen, wie sie sich bei Stellenangeboten aus Brasilien zu verhalten haben. Es heißt in der neuerlichen Veröffentlichung des „Journal“:

„Herr Röttermund scheint sehr nötig Leute zu brauchen und er hat ja auch recht, wenn er von einem Mangel an Leuten spricht. Buchbinder gibt es hier in Brasilien nicht viel; und von den wenigen wird fast nichts geleistet. Ein guter Buchbinder wird immer hier Platz erhalten. Warum inseriert Herr Röttermund nicht einmal? 2 Mk. haben hier doch gar keinen Wert, und er würde 100 Offerten erhalten. Aber er geniert sich jedenfalls, für 6,20 Mk. Leute direkt zu engagieren.“

Ich bin jetzt gerade 3 Jahre in Rio de Janeiro in einer Staatsstellung und kenne die Verhältnisse in Brasilien ziemlich genau. Es ist geradezu empörend, in einer Fachzeitung anzukündigen, es gäbe für 6,20 Mk. hier ein gutes Auskommen. 6,20 Mk. sind nach hiesigem Geld 4500 Reis, nun dafür arbeitet kaum ein Neger; zufällig kenne ich das sehr genau, wir bauen hier und erhalten die Kalkträger usw., also Handlanger, durchschnittlich 5000 Reis, unter 4000 Reis gibt es überhaupt niemand. In Rio Grande do Sul ist ja das Leben ein wenig billiger und könnte man für 10000 Reis wohl arbeiten, das sind 13,— Mk. den Tag, für Rio de Janeiro 15000 Reis und weiter im Norden, also Bahia, Pernambuco, Belem (Para) 20000 Reis pro Tag. Wohnung kostet meist durchschnittlich 80—100 Milreis, also den dritten Teil des Lohnes. Bier, Zigarren, Würst, dann Kleider, Schuhe sind hier mindestens dreimal teurer wie drüben. Fleisch, Reis sind verhältnismäßig billiger, aber in den drei Jahren schon um das Doppelte gestiegen, jetzt kostet das Fleisch das Pfund auch 75 Pf. (Schwein 1 Mk.). Ich kann nur jedem raten, nur auf Verschreibung herüberzukommen. Hauptsache: freie Hin- und Rückreise II. Klasse und Kontonote, ausgefertigt und gestempelt vom brasilianischen Generalkonsul mit der Klausel, auch freie Rückreise im Falle von Krankheit (gelbes Fieber, Malaria, Pocken). Gehalt am besten monatlich für Südbasilien 300 Milreis = 400 Mk., für S. Paulo, Rio de Janeiro 400 Milreis = 520 Mk. Das wäre Mittelbrasilien. Im Norden 450 Milreis = 600 Mark. Man erschrecke nicht, das ist das mindeste, besser ist mehr. Man verzichtet bei diesem Gehalt auf alles, wie Theater, Konzert, gemüthliches Vereinsleben usw.

Eine lithographische Anstalt, erstes Haus in Brasilien, sucht immer neue Leute durch ihre Liederanten in Deutschland, 300 Milreis pro Monat und III. Klasse Hin- und Rückreise bei 2jährigem Kontrakt. Da nun alle einsehen, die engagiert werden, daß sie eine große Dummheit gemacht haben, so bleibt keiner und gehen nach Ablauf ihrer zwei Jahre ab, jetzt kommt

aber die Hauptsache, da die Leute für 400, 450 bis 600 Milreis pro Monat überall Stellung bekommen, so geht keiner zurück, und wenn das die Firma erfährt (und sie erfährt es immer), so zahlt sie einfach die Rückreise nicht aus. Ist sie wirklich ungewiß, so sagt sie: „Ihnen wird das Billett auf dem Dampfer ausgehändigt.“ Ich kenne mehr als 20 solcher Herren, die reinfallen sind. Ich bin gern zu jeder weiteren Auskunft bereit unter Chiffre H. G. durch „Journal für Buchbinderei“.

Amerika. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Groß-New York haben durch ihr Gewerkschaftskartell energischen Protest gegen die Ernennung eines scharfmacherischen Buchdruckereibesizers zum amerikanischen Gesandten in England erhoben. Dieser neuernannte Gesandte ist ein Herr Page und Mitinhaber der Firma Doubleday, Page u. Co., Verleger, Buchdrucker und Buchbinder in der Garden City, Long Island, New York. Die Firma ist ein erbitterter Feind der organisierten Arbeiterschaft. Ihre Buchbinder befinden sich schon seit zwölf Monaten im Ausstande. Bei den Buchdruckern steht das Geschäft auf der Liste der ungerechten Arbeitgeber. So unerträglich sind die Arbeitsverhältnisse in dieser Firma, daß selbst die Streikbrecher während eines Buchdruckerstreiks es nicht länger aushalten konnten und davonliefen.

Das Londoner Gewerkschaftskartell hat sich dem Proteste gegen die Berufung dieses Herrn gleichfalls angeschlossen und hat an Sir Edward Grey sowie an den Präsidenten Wilson eine Resolution geschickt, worin die Aufforderung enthalten ist, die Ernennung des Page rückgängig zu machen und ihn durch einen Mann zu ersetzen, dessen Anschauungen mehr im Einklange mit denen der amerikanischen Arbeiter stehen und der organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens annehmbarer ist. Die gleiche Resolution soll von allen englischen Gewerkschaftskartellen der Regierung übermittelt werden. („Korrespondent“.)

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland.

Frankfurt (Firma Busch u. Töle).

Breslau (Firma M. Krögen u. Co.).

Hagen i. B. (Firma Schlegel und v. d. Seyden).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland.

Iserlohn.

Oesterreich.

W. i. B. (Buchbinder und Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen).

Rumänien. (Infolge angebrochener Aussperrung.)

Schweiz.

Schur-Davos (Buchbinder).

Luzern (Buchbinder).

Ludenwalde. Zu unserem Bericht über unsere Lohnbewegung in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ macht sich eine Berichtigung erforderlich. Wir schreiben, daß nach dem Angebot der Unternehmer die jetzige Arbeitszeit bis zum 15. Juli beizubehalten bleibt. Es muß heißen, bis zum 1. Juni 1915. Ferner sollen die zugesagten weiteren Lohnzulagen nicht am 1. Juli 1915 bzw. 1916 in Kraft treten, sondern jeweils am 1. Juni und der Tarif am 31. Mai 1917 ablaufen.

Im übrigen ist über den weiteren Verlauf der Lohnbewegung folgendes zu berichten. Vorige Woche fanden erneut Verhandlungen statt, an welchen die Kollegen Lemjer, Auble und Fleischer teilnahmen. Am 30. Mai nahm eine außerordentlich gut besuchte Versammlung das Resultat dieser Verhandlung entgegen. Das Resultat war im wesentlichen folgendes: Das Tellerzählen durch die Presser erfolgt noch ein Jahr, lang. Dafür zahlen die Arbeitgeber noch ein Prozent besonders. Nach Ablauf des Jahres kommt mit dem Tellerzählen auch dieses Prozent in Wegfall. In der Versammlung waren die Kollegen Lemjer und Würzberger anwesend. Von diesen, sowie von der Ortsverwaltung wurden die neuesten Zugeständnisse der Arbeitgeber zur Annahme emp-

fohlen. Nach stundenlanger, zum Teil jürrmischer Debatte, die leider nicht immer sachlich war, wurden die Zugeständnisse mit überzogener Wehrheit abgelehnt und die Ortsverwaltung beantragt, erneut mit den Unternehmern auf folgender Grundlage in Verhandlung zu treten: Das Fellezählen kommt sofort in Wegfall. Die Preiser begnügen sich mit einer Zubehulage von 5 Proz. Den Lohnarbeitern und Arbeiterinnen, die jetzt weniger als 24 Wk. Wochenverdienst haben, wird eine Lohnzulage von 7 Proz., denen, die über 24 Wk. Wochenverdienst haben, eine solche von 5 Proz. gewährt.

Wenn den Kollegen diese Zeilen zu Gesicht kommen, wird es sich entschieden haben, ob die Arbeitgeber diesen Forderungen zustimmen, oder ob es in der Lindenwalder Papierwareindustrie zum Kampfe kommt.

Hartmannsdorf b. Limbad. Kurzzeit sind hier in 6 Betrieben 29 Kollegen und 1 Kollegin beschäftigt. Davon gehören 25 dem Verbands an. Schon seit Jahren war der Wunsch in der Kollegenschaft vorhanden, den für Limbad geltenden Tarif auch in den Hartmannsdorfer Betrieben zur Einführung zu bringen. Jetzt, da die Organisationsverhältnisse sich gehoben, konnte ihm nähergetreten werden, und am 6. Mai wurde den Fabrikanten die Forderung gestellt. Auf dem Wege der Verhandlung ließ sich nichts erzielen und so nahm eine am 29. Mai stattgefundene Versammlung zu dem Verhalten der Fabrikanten Stellung. Flüße referierte. Er konnte nur mitteilen, daß die Herren Kartonnfabrikanten in keiner Weise entgegenkommen gezeigt haben. Die Herren glauben jedenfalls, auf diese Weise wieder so billig davonzukommen als vor 3 Jahren. Heute siehe die Sache aber so, daß 1/10 unserer Kollegen hinter den gestellten Forderungen stehen, was 1910 nicht der Fall war.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß schon viel zu lange geagert worden sei und wir wohl viel eher zu Verhandlungen mit den Fabrikanten kommen würden, wenn diesen gezeigt würde, daß wir unsere Forderungen mit allem Nachdruck vertreten. Dem entsprechend kam es zu dem Beschlusse, die Kundigungslisten anzufertigen und von allen 25 Versammlungsbesuchern unterzeichnet. Die Kundigung wurde in 5 Betrieben am 31. Mai eingereicht, während bei einer Firma, bei der nur achtstägige Kündigung besteht, diese am 6. Juni eingereicht werden wird. Die Löhne differieren gegenüber denen in Limbad um 3-5 Wk., obwohl dieselben Martons hergeleitet werden. Nicht selten kommen Löhne von 14-18 Wk. vor für Verheiratete und großjährige Arbeiter. Darin muß eine Minderung eintreten und das wird es, wenn die Hartmannsdorfer Kollegen sich an ihren Forderungen halten.

Leipzig. In unserm Berufe machen sich die Schäden der Heimarbeit mehr und mehr bemerkbar. Insbesondere ist es Falzarbeit, die von einzelnen Firmen ausschließlich und vor allem zu einem nicht geringen Teile als Heimarbeit vergeben wird. Bezeichnenderweise kulsigen dieser Gepflogenheit namentlich solche Geschäfte, deren Tarifreue schon seit langem nicht mit unberechtigtem Mißtrauen begegnet wird. Wie weit der Uebelstand bereits eingedrungen ist, geht daraus hervor, daß nach uns gewordenen Mitteilungen selbst Kinder zu dieser Arbeit herangezogen werden und auch Männer mit tätig sind, die am Tage ihrer Berufsarbeit nachgehen. Selbst Postkassierer sollen sich nach Beendigung ihres Dienstes der Falzarbeit widmen und zum Unterhalt der Familie beitragen. Die Vergütung von Heimarbeit ist in unserm Tarife allerdings nicht ausdrücklich verboten, vielmehr bestimmt, daß Heimarbeit nach dem Tarife zu begahen ist. Wegen diese Bestimmung wird aber sehr häufig verstoßen, und das zum Schaden der in den Betrieben lebenden Arbeiterinnen. Eine Kontrolle darüber war bisher mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, ist aber durch das neue Hausarbeitsgesetz erleichtert worden, in dem bestimmt wird, daß in Häusern, in denen Arbeit an Hausarbeiter zur Ausgäbe gelangt, einmieder Lohnlisten aushängen oder Lohnverzeichnisse offen ausliegen müssen. Wir eruchen unsere Mitglieder, darüber zu wachen, daß dem überall entsprochen wird, und insbesondere bitten wir darum, die auf den Lohnlisten verzeichneten Preise mit dem Tarife zu vergleichen und der Verwaltung sofort Mitteilung zu machen, falls die Lohnsätze mit dem Tarife nicht übereinstimmen.

Krefeld. Am 24. Mai fand hier eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, zu der unser Gauleiter Groenhoff erschienen war. Dieser referierte über: „Ablauf des Tarifes und wie stellen sich die Kollegen dazu?“ Einleitend streifte er die Jubiläumsfeier, in denen wir momentan stehen, die patriotischen sowohl als auch das 50jährige Bestehen der Arbeiterpartei. Zum eigentlichen Thema übergehend, legte er in kurzen Zügen nochmals die Folgen der letzten Bewegung dar. Wenn dieselbe das

nicht brachte, was wir gewünscht hatten, so sollte uns dies veranlassen, diese Scharte auszuweigen. Und da ist es vor allen Dingen notwendig, alles daran zu setzen, um bei der Agitation Fortschritte zu machen. Nur eine starke Organisation ist in der Lage, das zu erreichen, wofür sie eintritt. Besonders sollte man Wert auf Vertikalt- und Hausagitation legen. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist Aufmerksamkeit zu schenken, da diese überall versucht, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben. Arbeiten wir entsprechend, dann können die Kollegen der Dinge, die da kommen, mit Ruhe entgegensehen. Die Forderungen aufzustellen ist der zu wählenden Lohnkommission überlassen. Groenhoff schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche auf einen friedlichen Tarifabschluß. Reicher Beifall lohnte ihm seine Ausführungen.

In der Diskussion sprachen sämtliche Redner in Sinne des Referenten und alle standen auf dem Standpunkt, daß eine Revision der Lohn- und Arbeitsbedingungen dringend notwendig sei. Die Ausarbeitung eines neuen Tarifes wurde einer Lohnkommission überwiesen und wurden in dieselbe die Kollegen Schellen, Meyer, Göbels, Weiswintler und Bauer gewählt. Als dann noch einige lokale Angelegenheiten erörtert waren, wurde die imposante Versammlung mit einem feierlichen Schlußwort des Vorsitzenden Bauer geschlossen.

Limbad. In der kleinen Tabelle im Bericht von der Lohnbewegung der Kartonnager in Limbad und Oberrohna in Nr. 20 der „B.-Z.“ hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Zuzunehmer über 25 Jahre alt erhalten 47 Pf. Stundenlohn, nicht, wie irrtümlich angegeben wurde, 43 Pf.

Rundschau.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hielten jüngst in Berlin ihren 18. Verbandstag ab. Verschiedene Behörden und öffentliche Korporationen hatten die Einladung zur Tagung berücksichtigt und Vertreter entsandt, so auch das Reichsamt des Innern und das Reichsversicherungsamt. Als Vertreter des Reichssekretärs des Reichsamts des Innern übte die Geheimrat Siefert am Beginn der Verhandlungen betrogen, den versammelten Hirschen zu attestieren, daß sie als brave Leute bekannt seien, daß ihre Ansichten alle in vaterländischer Gesinnung wurzeln und daß sie auf dem feiten Untergrunde unserer bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung ständen. Der Vertreter des Reichsversicherungsamts, Senatspräsident Dr. Wähler, fügte noch hinzu, daß die Vertretung der Gewerkschaften vor dem Reichsversicherungsamt stets mit gehöriger gekrümmtem Rücken erschienen sei oder, wie er das ausdrückte, stets laffvoll und verständnisvoll war und sich in den Grenzen einer gerecht abwägenden Kritik gehalten hat.

An Wohlwollen ließen es diese Vertreter der Behörden also nicht fehlen, und wer die Gewerkschaften und ihre Tätigkeit im Interesse der Arbeiterklasse kennt, wird sich darüber nicht wundern. Denn im Grunde genommen kann auch eine Zunftregierung mit den Hirschen zureichen sein. Betonte doch der erste Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Goldschmidt, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften auf dem Boden der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung ständen und sich dadurch um das Wohl der Nation verdient machten. Aber selbst solche verdienstvolle Leute können nicht ganz um die Wirklichkeit herum, und so sah sich denn der eine der Referenten, Gleichauf, genötigt, einige Worte über die Rechtlosigkeit der Arbeiter zu sagen und der Regierung vorzuhalten, daß sie Unternehmer und Arbeiter rechtlich nicht mit gleichem Maße messe. Da aber hatte es geschneppst. Der Vertreter des Staatssekretärs des Innern, Geheimrat Siefert, der sich kaum von seiner Lobrede erholt hatte, erhob sich und erklärte nach der „Vossischen Zeitung“:

Durch die meines Erachtens das zulässige Maß der Kritik weit überschreitenden Ausführungen des Referenten sehe ich mich genötigt, das Wort zu ergreifen. Ich kann nicht auf alle maßlosen Uebelretreibungen bei den Angriffen und ungerechten Vorwürfen gegen die Regierung eingehen. Ich muß aber Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß in Deutschland nicht Recht, sondern Faustrecht herrscht, daß bei Streiks Polizei und Militär aufgerufen werden, um die Unternehmerinteressen zu schützen, weiter dagegen, daß behauptet worden ist, die Regierung läse nichts zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil sie sich von den Großunternehmern beeinflussen lasse. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß der Vorstehende wenigstens diese auch in der Form zu weit gehenden Angriffe rügen wird. Andersfalls werde ich den Verhandlungen nicht weiter beiwohnen und auch meinem Chef nicht empfehlen können, eine Vertretung herzusenden.

Und nun geschah das Unerhörte. Der Vorsitzende Hartmann hatte den Mut, zu erklären, für ihn liege keine Veranlassung vor, irgendwelche Äußerung des Referenten zurückzuführen. So schnappte es zum zweitenmal: die beiden Referentenvertreter verließen den Saal, und es gelang auch den verhassesten Bemühungen Goldschmidts nicht, sie zum Zurückbleiben zu bewegen. Herr Goldschmidt bemühte sich jedoch, den Verbandstag zu bewegen, sein Bedauern über den Konflikt mit den Regierungsvertretern auszuprechen. Aber dieser lehnte es ab, eine solche Erklärung anzunehmen, da kein Anlaß vorliege, vor den Regierungsvertretern eine Verbeugung zu machen.

So war das Kirchbare eingetreten: ein Konflikt mit der Regierung, vor dem es ja dem Matorador der Gewerkschaftsbewegung, Goldschmidt, am meisten graut. Alle Kohalitätsbekräftigungen hatten nichts genützt, nichts die scharfe Hervorhebung, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ohne Einfluß von Partei und Kirche den Klassenkampf ablehnen. So zeigt sich an diesem Vorgang die innere Unmöglichkeit der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die da glauben, sich durch die widerstrebenden Interessen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hindurchwinden zu können, während sie am Ende aber nur zwischen ihnen getrieben werden.

×, Arbeitsstreitigkeiten bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Am Freitag, dem 2. Mai, haben 77 bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschäftigte Buchdrucker ihr Arbeitsverhältnis gekündigt. Am 10. Mai schieden sie aus dem Betrieb aus.

Die Differenzen nahmen ihren Ursprung in Meinungsverschiedenheiten über die Zugehörigkeit von Buchdruckern zur Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Das Statut der letzteren sieht den Zugehörigkeitszwang vor, der Tarif der Buchdrucker läßt die Auffassung zu, als sei solcher Zwang tarifwidrig. Inzwischen sind die Differenzen gehoben, wie aus nachstehender Verständigung zwischen den in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschäftigten Buchdruckern und der Geschäftsleitung hervorgeht.

1. Das gesamte aus den Betrieben der Verlagsgesellschaft ausgeschiedene Buchdruckerpersonal wird nach Maßgabe der vorhandenen Plätze zu den bisher für sie geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder eingestellt.

2. Die vom Buchdruckerpersonal aufgestellten Forderungen werden, soweit sie nicht durch den Inhalt dieser Erklärung gegenstandslos geworden sind, zurückgezogen.

Es wird anerkannt, daß die Entlassung der drei Buchdrucker, die sich weigerten, der Unterstützungskasse beizutreten, obwohl sie vom Tarifschiedsgericht als tarifwidrig bezeichnet wurde, den Bestrebungen entgegensteht, den gesamten beschäftigten Buchdruckern die Mitgliedschaft bei der Unterstützungskasse zu ermöglichen. Sie kann daher nicht als Maßregelung im üblichen Sinne des Wortes gewertet werden.

Die in der öffentlichen Erörterung dieses Falles erfolgten Angriffe gegen die Geschäftsführung werden, soweit sie dazu geeignet sind, deren Ansehen zu schädigen, zurückgenommen.

3. Maßregelungen finden nicht statt. Falls Entlassungen notwendig werden, erfolgen sie aus geschäftlichen Gründen.

4. Die Frage der Zugehörigkeit der Buchdrucker zur Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine soll durch eine besondere Verständigung geregelt werden. Der aus diesem Anlaß entstehende Konflikt ist zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt.

5. Beide Parteien einigen sich dahin, aus prinzipiellen Gründen die anhängig gemachte Feststellungsklage, ob die Massenündigung tarifwidrig war, zur Entscheidung zu bringen. Weitere Konsequenzen für das wieder eingestellte Personal werden aus dem Ausfall dieser Entscheidung nicht gezogen.

Für die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.

Der Vorstand:
gez. Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller
Für den Verband der Deutschen Buchdrucker:
gez. Emil Döblin.

Diese Verständigung wurde vereinbart in einer Zusammenkunft am 15. Mai, an der vom Tarifausschuß der Prinzipalsvertreter Freitag und der Gehilfenvertreter Dreier, vom Kreisvorstand des Deutschen Buchdruckervereins Brodbeck, vom Gauvorstand des Buchdruckerverbandes Steinhardt, als Vertreter des Zentralverbandes des Verbandes der Buchdrucker Döblin und von der Geschäftsführung die Vorstandsmitglieder Heinrich Kaufmann und Dr. Aug. Müller sowie der Betriebsleiter Steinhorst teilnahmen.

× Versicherungs-Gesellschaften und Gewerkschaften. Um die „Vollfürsorge“ in den Augen der Versicherungsbedürftigen zu distanzieren, erzählt die „Wilhelma“ ihnen, die gewerkschaftliche Verwaltung sei eine „horrend teure“. Sie hofft natürlich damit zu erreichen, daß geglaubt wird, auch die Verwaltung der Vollfürsorge werde, da die Gewerkschaften beteiligt sind, „horrend teuer“. Um den Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen, muß freilich die „Wilhelma“ allerlei gewagte Kunststücke machen. An sich schon ist es ein Unfug, die Verwaltung der Gewerkschaften, die doch ganz andere Aufgaben haben als die Versicherungsgesellschaften, mit deren Verwaltung verglichen zu wollen. Die „Wilhelma“ tut aber noch ein übriges. Alle Ausgaben, welche den Gewerkschaften bei Lohnkämpfen durch ihre Agitation, ihre Druckschriften, ihre Konferenzen sowie durch ihre internationalen Verbindungen, durch ihre Beiträge an die Generalkommission, für Kartelle und Sekretariate erwachsen, werden als Verwaltungskosten gerechnet. Was sonst mitgezählt worden ist, erfahren wir nicht, da bei den einzelnen Posten die Beträge nicht angegeben sind. Summarisch wird angegeben, die Verwaltungsausgaben der Gewerkschaften im Jahre 1910 hätten 18 563 014 Mk. betragen. Zählt man aber selbst alle angeführten Posten mit, so ergibt eine Zusammenzählung dieser Posten nach der in Nr. 32 des „Correspondenzblatts des Generalkommission“ vom 12. August 1911 veröffentlichten Statistik im ganzen nur die Summe von 14 030 427 Mk. Wie die „Wilhelma“ zu über 4½ Millionen Mark mehr kommt, mögen die Götter wissen. Aber der Vergleich ist auch an sich geradezu sinnlos; die angeführten Ausgaben mit den Werbetkosten und Einfassungskosten einer Versicherungsgesellschaft zu vergleichen, wird jeder vernünftige Mensch als unzulässig erklären müssen. Ziehen wir dagegen die wirklichen Verwaltungskosten zum Vergleich heran, so erhalten wir ein ganz anderes Bild. Im Jahre 1910 wurden von den Gewerkschaften verausgabt an:

Verwaltungskosten d. Hauptkasse / persönl. 1 019 338 Mk.
 „ „ „ fachliche 671 264 „
 „ „ „ d. Lokal- u. Gaukasten 7 407 834 „
 Zusammen 9 097 436 Mk.

Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften betrug 1910 im Jahresdurchschnitt 2 017 289. Die Verwaltungsausgaben per Jahr und pro Kopf betragen mithin 4,51 Mk. und nicht 8 Mk., wie die „Wilhelma“ behauptet. Die Sache wird aber noch besser, wenn man sieht, wie die „im Interesse der Versicherten“ so kritisch sich gebärende „Wilhelma“ selbst wirt-

schafft. Für 193 274 Vollversicherte betragen ihre Verwaltungskosten im Jahre 1911 1 286 000 Mk. oder pro Jahr und pro Kopf 7,07 Mk., also 2,56 Mk. pro Kopf mehr als bei den Gewerkschaften! „Wer Futter auf dem Kopfe hat, soll nicht in die Sonne gehen.“

An die Delegierten und Gäste des Verbandstages!

Wir eruchen die Delegierten und Gäste des Verbandstages, sich baldigst mit dem Lokalkomitee in Verbindung zu setzen. Für gute und preiswerte Logis ist Sorge getragen. Falls einzelne Delegierte oder Gäste schon Privatlogis haben, bitten wir, dies uns sofort zu melden.

Ferner eruchen wir um Angabe der Zeit, wann die Delegierten in Stuttgart eintreffen. Die Ausgabe der Logisarten erfolgt im Hauptbahnhof, Mittelgang rechts, kenntlich durch die Aufschrift: Buchbinder. Das Lokalkomitee ist kenntlich durch grün-rote Rosetten. Sämtliche Korrespondenzen bitten wir an das Bureau der Zahlstelle Stuttgart, Holzstraße 16, 1. Stock, Telefon 10 181, zu richten.

J. A.: H. Semminger.

Diesigen Delegierten, die von der schwäbischen Metropole aus einen Absteher in die Schweiz machen wollen (nach Zürich zum Beispiel kostet die Fahrt über den Rheinfall bei Schaffhausen zirka 10 Mk., nach Schaffhausen 7 Mk., nach Luzern 12,50 Mk. usw.), können Ratsschlüge und Auskünfte beim Kollegen Robert Albert, Redaktion des „Buchbinder“, Zürich-Engle, Zihlrainstr. 14, erhalten. Rückporto ist beizufügen.

Adressenänderungen.

Vertikale Bevollmächtigte.
 Straßburg: G. Schwarz, Spachhäuser 8.
Unterstützungs-Auszahler.
 Posen: J. Twardowski, Kronprinzenstr. 43 II. u. S.

Briefkasten.

J. A. in A. Abonnement (inkl. Porto pro Quartal 1,40 Mk.) läuft jetzt bis zum Schluß des dritten Quartals. — W. Gr. in Gr. Inzerat kostet 2,80 Mk. — W. B. in L. Das werden wir wohl immer haben, daß einige Dichtertlinge ihren Gefühlen bei Gelegenheiten wie den Verbandstagswahlen freien Lauf lassen. Und Du hast recht, wenn da auch einer sich zu einer geistigen Anstrengung aufrafft und wie folgt dichtet:

„Beamte wählen — kann ich nicht,
 Die vertreten — meine Interessen nicht,
 Die rechnen nur die Gelder
 Und was übrig bleibt für ihre Gefährter.
 Streber und Aelter sind mir verhaßt,
 Die tun für den Verband nur, was ihnen paßt.
 Dann kommen Meister und Schreibwarenhändler
 Und wollen reifen für des Verbandes Gelder.
 Diese letzten sieht man im Jahre nicht,
 Sie kommen nur als Kandidat ans Licht
 Und solche Leute wähl ich nicht.“

Dann darf man das wirklich nicht allzu tragisch nehmen. Solche Gelder „fühlen“ sich nur noch, wenn sie fehlen würden, daß ihr „Dieb“ jaß. Und den Gefallen braucht man ihnen nicht zu tun, Besser wäre es schon, wenn sie ihre Kraft statt zu unfruchtbarem Herunterreißen von Personen zur Mitarbeit für den Verband verwenden würden. Aber da liegt ja eben meist der Hund begraben. Es kritisiert sich bekanntlich immer dann am schönsten, wenn man keine Gelegenheit zu nehmen braucht, zu zeigen, daß man etwas besser machen kann.

Literarisches.

Die Wetterkunde. Eine Anleitung zum Erkennen der Wettervorgänge für den Freund der Natur. Von Gustav Walter. Mit 20 Abbildungen und einer farbigen Tafel. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf. Verlag J. S. W. Dieß Nachf., Stuttgart.

Mutter. Ein Frauenschidial von Joh. Fersch. Preis 1 Mk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Die Seerunfallversicherung nach der Reichsversicherungsordnung. Preis 40 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

ANZEIGEN

Zahlstelle Grimma.
 Viel zu früh entriß der bittere
 Tod unsere treue Kollegin
Anna Meißner
 aus unserer Mitte. Wir werden
 ihr ein ehrendes Andenken be-
 wahren.
 Die Ortsverwaltung.

Moderner Laden
 mit kleiner Wohnung, passend für jedes
 Geschäft, hauptsächlich für Buchbinder,
 da Schule in der Nähe und später noch
 eine Schule eröffnet wird, momentan
 prov. Oberlandesgericht, sofort oder
 später zu vermieten.
H. Schubert,
 Naumburg a. S., Artilleriestr. 14.
 Postkarte an **Johann Meier,**
 Hamburg 66 b, Rosensir. 47
 schreiben. Illust. Preisl. u.
 5 D Dauerwäsche, Scherzartikel.
 interess. Bücher grat. u. frk.

Etuisarbeiter
 auf Sammt u. Leder ges. Größt. Arbeiter
 finden dauernde Stellung bei gut. Lohn.
 Differten unter D. C. 6559 an Rudolf
 Mosse, Hamburg.

Patent - Demo - Leimbehälter
 hält den Leim lange Zeit hindurch gebrauchsfertig.
Tausende Apparate in Buchbindereien etc. **im Gebrauch!**

Jede **Feuersgefahr, Anbrennen des Leims etc.** wird bei Benutzung der **Demo-Leimbehälter vermieden.**



a b c Isolierschicht.

Viele **glänzende Gutachten** von Fachleuten liegen vor. **Außerst widerstandsfähig und haltbar.**

Neue Ausführung. Innenteile aus verzinnemtem Messing, das eigentliche Leimgefäß aus Kupfer!

Thermos-Aktiengesellschaft, Berlin W. 85.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Bekannt ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **J. Clement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Inzerate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.